

Bezugspreis:  
Abbestellbar 60.— M., monatlich 20.— M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Monatlich 20.— M., einjähr. 240.—  
M. (einschl. Postgebühren). Unter Kreuzband für  
Deutschland, Ostpreußen, das Saar- und  
Weimergelände, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Ostpreußen, Osterschlesien,  
Linsgau und Sagenburg 54.— M. Für  
das übrige Ausland 12.— M. Post-  
bestellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Grünwelt“ und der  
Beilage „Bildung und Reizgarten“  
erscheint wochentlich zweimal, Sonn-  
tags und Montags einmal.  
Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:  
Die einseitige Kontraktzeile  
kostet 12.— M. „Kleine Anzeigen“  
das festgedruckte Wort 2.— M. (zu-  
läufig zwei festgedruckte Worte), jedes  
weiteres Wort 1.— M. Einseitige  
und Schlußzeilenanzeigen das erste  
Wort 2.— M., jedes weitere Wort  
1.00 M. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Seite 6.— M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Erweiterungsgeld.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Morisplatz 151 95-97  
Expedition Morisplatz 117 53-54

Donnerstag, den 2. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-  
Abteilung Morisplatz 117 53-54

## Der Getreidewucher.

Die maßlose Steigerung der Preise für Getreide am freien Markt hält weiter an, ohne daß auch nur das geringste geschehen wäre, um ihr zu steuern. Märkischer Weizen ist seit dem Durchschnitt des Monats August von 221 auf 610 Mark je 50 Kilogramm gestiegen, ebenso schnellte der Preis für Roggen von 174 auf über 480 M. hinaus. Die Meldungen aus der Provinz häufen sich, wonach jetzt Getreide der neuen Ernte zu Preisen, die noch weit über dem heutigen liegen, bereits jetzt verkauft wird. Wie allein in den letzten Monaten das Getreide teurer geworden ist, zeigt folgende Gegenüberstellung von Preisen der Berliner Produktenbörse:

Es notierten je 50 kg ab Station:

	am	am	am
	20. 12. 1921	21. 2. 1922	1. 3. 1922
Weizen, märk.	838	580	610-615
Roggen, märk.	275	442	461-465
Gerste	350	440	445-465
Häfer, märk.	274	415	415-425
Weis	270	392	389-402

Auch die Mehlpreise sind entsprechend gestiegen. So kosteten an den genannten Tagen je 100 Kilogramm:  
Weizenmehl . . . . . 890-980 1375-1510 1470-1570  
Roggenmehl . . . . . 600-720 1050-1160 1080-1190

Außer der Profitgier der Landwirte und Händler gibt es keine Gründe, die diese unsinnige Steigerung der Preise für Brotfrucht erklären könnten. Die Weltmarktpreise, die mit diesen Notierungen erreicht sein dürften, sind um so unberechtigter, als die deutsche Landwirtschaft ja auch keine Palatalbühne und keine Valutapreise für ihre künstlichen Düngemittel zu zahlen braucht. Die Lockerung der Zwangswirtschaft, die gegen den Widerspruch unserer Genossen durchgeführt worden ist, zeitigt jetzt die Folgen, die damals schon vorausgesehen wurden.

Man hätte annehmen sollen, daß die Regierung sozial Voransicht zeigen würde, jetzt Auslandsgetreide einzukaufen, um, wenn die deutschen Preise weiter hinter den Weltmarktpreisen herjagen, mit dem billiger eingekauften Auslandsgetreide auf den Markt drücken zu können. Die heimischen Händler und Agrarier haben ja die Preise, die am Weltmarkt im Dezember hätten gezahlt werden müssen, bereits überboten. Inzwischen hat sich die Valuta verschlechtert, die Weltmarktpreise haben sich weiter erhöht. Wenn es aber zutrifft, was sich aus naheliegenden Gründen nur schwer nachprüfen läßt, daß die Händler jetzt schon den doppelten Preis für Getreide aus der nächsten Ernte zahlen, so heißt das, daß die inländische Spekulation mit einer weiteren wahn-

sinnigen Preissteigerung rechnet und daß eine verantwortliche Regierung ihr entgegenzutreten muß.

Statt dessen sind Lebensmitteleinkäufe im Ausland gerade zu der Zeit, wo der Dollar innerhalb der letzten vier Monate noch am günstigsten stand, also im Dezember und Januar so gut wie ganz unterblieben. Folgende Uebersicht des Statistischen Reichsamtes zeigt den katastrophalen Rückgang der Lebensmitteleinfuhr:

Es wurden eingeführt (in Doppelzentner):

	Roggen	Weizen	Weis	Schweine- speck	Schweine- schmalz	Landwirtsch. Erzeugnisse insgesamt
21. Aug.	119 647	2 788 612	1 900 109	51 004	151 680	10 820 163
Sept.	300 698	2 620 145	1 452 165	50 815	142 834	10 540 009
Okt.	181 698	2 784 959	1 777 689	85 087	109 188	12 356 089
Nov.	255 153	1 919 817	1 142 509	80 073	83 377	9 475 027
Dez.	71 769	974 092	360 255	19 842	48 680	6 335 375
22. Jan.	25 583	533 818	493 056	10 840	55 784	

Der Reichsminister Hermes ist offenbar damit zu sehr beschäftigt, die Landwirtschaft zu fördern und sie vor Steuern zu schützen, um hier etwas unternehmen zu können. Den gestiegenen Lebensmitteln- und den springenden Kohlenpreisen aber folgen die gesamten Lebenshaltungskosten in einem Tempo, das für die breiten Massen unerträglich ist. Die Reaktionen gehen damit kreben, daß die Republik dieses Elend verschuldet habe. In Wirklichkeit waren unsere Genossen bemüht, diese Zustände abzumehren, als sie für die Beibehaltung der Zwangswirtschaft und später für eine erhöhte Umlage eintraten. Die bürgerlichen Parteien waren es, die ebenso sehr die Preisentwicklung am Lebensmittelmarkt wie die Schonung des Besitzes vor solchen Steuern, welche die Rotenpresse wenigstens zeitweilig hätten stilllegen können, durchgesetzt haben. Noch läßt sich vieles retten, wenn wenigstens für die nächste Ernte eine erhöhte Umlage und damit die Sicherstellung der wichtigsten Nahrungsmittel zu erträglichen Preisen in Aussicht genommen wird.

Die Regierung aber hat sich bis jetzt noch nicht über ihre Stellung zu der täglich wachsenden Not des Volkes geäußert, dessen Sachwalterin sie sein will.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages wurde am Mittwoch bei der Einzelberatung des Landwirtschaftsetats ein deutsch-nationaler Antrag auf Beseitigung der gesamten Zwangswirtschaft, auch in Brotgetreide, mit 16 gegen 18 Stimmen unter lebhaftem Beifall der sozialistischen Parteien abgelehnt. Vier Zentrumsabgeordnete stimmten mit den sozialistischen Parteien.

## Die Arbeiterorganisationen in Oberschlesien

Genf, 1. März. (DA.) In der Unterkommission für die Fragen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände steht man hinsichtlich der Arbeiterorganisationen in polnisch-Oberschlesien vor der unmittelbaren Lösung. Beide Delegationen erklärten sich grundsätzlich mit der Schaffung einer gemischten und paritätischen Arbeitskommission einverstanden, die als beratendes und technisches Organ in Arbeitsfragen tätig sein wird. Diese Kommission wird der Gemischten Kommission in Oberschlesien angegeschlossen werden. Die 7. und 12. Unterkommission haben sich in dieser Angelegenheit bereits mit dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, ins Einvernehmen gesetzt.

## Der Wiederaufbau Rußlands.

Ein amerikanisch-italienischer Operationsplan?  
Rom, 1. März. (CP.) Die „Tribuna“ teilt Einzelheiten über einen amerikanisch-italienischen Plan für die Wiederaufbauung des Handelsverkehrs und der industriellen Ausbeutung Rußlands mit. Danach beabsichtigen die Vereinigten Staaten vor allem die sofortige Unterstützung der hungernden Bevölkerung Rußlands, die Reorganisation der Arbeiten, der Produktion durch Neuordnung des Verkehrs, Wiederinbetriebsetzung der Fabriken, Entwicklung der Landwirtschaft und Wiederherstellung des Warenaustausches mit dem Ausland. Zur Basis ihrer Tätigkeit würden die Amerikaner das Schwarze Meer machen, von dessen Häfen sie geordnete Verbindungen mit Kiew, Moskau, Samara, Saratow, Kasan und Ufa herstellen wollen. Der Plan sieht die Wiederaufnahme des Betriebes in den Anlagen des Donez- und des Dniepergebietes vor. Nach den Angaben der „Tribuna“ erhoffen die Amerikaner bei ihrer jetzigen Betätigung im europäischen Rußland bessere Resultate zu erzielen als bei einem Eindringen von Sibirien aus. Italien könnte sich an der Aktion der Vereinigten Staaten durch Lieferung von Textilwaren, Bekleidungsgegenständen, Automobilen, sowie von Lebensmitteln beteiligen. Ferner könnte Italien Arbeitskräfte zur Verfügung stellen. Als Stützpunkte des amerikanisch-italienischen Verkehrs mit Rußland kämen Reapel und Genua in Betracht.

## Krisenstimmung in Italien.

Rom, 1. März. (CP.) Infolge Unstimmigkeiten bei der Ernennung der Unterstaatssekretäre ist der Demokrat Colonna di Cesaro als Post- und Telegraphenminister zurückgetreten. Colonna begründet den Rücktritt mit der Einmischung der Sozialpartei in die Wahl der Unterstaatssekretäre. Andere behaupten, Colonna sei zurückgetreten, weil sein größter Gegner bei den Wahlen in Sizilien Raffino, Unterstaatssekretär wurde.

Da der Rücktritt von Colonna di Cesaro aus rein persönlichen Gründen erfolgt ist, liegt keine Veranlassung für die Nachahmung seines Beispiels für andere Minister vor. Nach dem „Corriere della Sera“ läßt alles darauf schließen, daß die so plötzlich ausgebrochene Krise im Kabinett de Facta rasch und endgültig beigelegt wird. Das Kabinett de Facta könne mit Sicherheit auf das Vertrauen der Kammer zählen.

## Ungarns neue Wahlordnung.

Budapest, 1. März. (Antel.) Die Berichte der Blätter über die dem Lande von der Regierung Beifügen aufgetragene Wahlrechtsordnung lassen erkennen, daß das Wahlrecht für das neue Parlament eine noch verschärfte Ausgabe des Entwurfes ist, den die Nationalversammlung abgelehnt hat. Das Organ der Sozialdemokratischen Partei, die „Nepszava“, schreibt, daß durch diese Wahlordnung eine Lage geschaffen werde, die der Sozialdemokratischen Partei eine Beteiligung an den Wahlen unmöglich machen kann. Ein offizieller Beschluß der Sozialdemokratischen Partei, die Wahlen wiederum zu boykottieren, liegt bisher nicht vor. Die sozialdemokratischen Führer hoffen noch, daß die Drohung mit dem Boykott den Großen Beifallen mit Rücksicht auf das Ausland veranlassen könnte, die Wahlrechtsordnung, wenigstens in einzelnen Punkten, etwas demokratischer zu gestalten. Die amtliche Bekanntmachung der Wahlrechtsordnung ist schon für die nächsten Tage angekündigt.

Litauen und Deutschland. Die Finanzverhandlungen mit der deutschen Delegation wegen Liquidierung des Oberostgeldes haben begonnen.

## Der Sachlieferungsvertrag.

Als die Regierung des Prinzen Max von Baden unter dem Druck der Obersten Heeresleitung um Waffenstillstand und Frieden auf Grund der 14 Punkte Wilsons bat, rechnete sie damit, daß, entsprechend Punkt 7 und 8, der in Belgien und Frankreich angerichtete Sachschaden zu bezahlen sein würde. Es hätte sich auch in diesem Falle um eine ungewöhnlich hohe Summe gehandelt, aber sie wäre doch nicht so hoch gewesen, daß nicht die Möglichkeit bestanden hätte, sie auf normale Weise aufzubringen. Der Friedensvertrag von Versailles hat dann gegen Treu und Glauben Deutschland eine theoretisch unbefristete Kriegsschuld aufgedrückt, praktisch neben dem Ersatz für die angerichteten Sachschäden auch die Rückvergütung der Kriegspensionen und Familienunterstützungen gefordert. Die Summe blieb zunächst in der Schwebelage, aber schon damals war es klar, daß es sich um eine finanzielle Transaktion von nie erlebtem, phantastischem Ausmaß handeln und daß es notwendig sein würde, bei dem Versuch ihrer Durchführung ganz neue Wege zu beschreiten. Es war damit eine Ära der Experimente begonnen, die noch nicht abgeschlossen ist und in der das neue Abkommen über die Sachlieferungen nur eine Etappe bedeutet.

Diese Ära der Experimente wurde auch zu einer Ära der Konferenzen. Schon die erste, die in London vom Februar-März 1920, stellte fest, daß die Kriegsschuld nicht aus den gewöhnlichen Staatseinnahmen Deutschlands bestritten werden könnte, daß dafür andere Wege gefunden werden müßten. Die folgende Konferenz von San Remo im April 1920 drohte mit neuen Belegungen, wenn Deutschland nicht bezahle, aber erst auf der dritten, der von Haythorn, Mai 1920, wurde die deutsche Schuldsumme — nicht festgelegt, sondern nur beschlossen, sie demnächst festzusetzen. Dies geschah auf der vierten Konferenz, der von Boulogne im Juni 1920, auch noch nicht, es wurde aber erst ausgemacht, daß Deutschland 42 Jahresraten (statt der 30 von Versailles) zahlen sollte mit einer allmählichen Steigerung von jährlich 3 Milliarden auf jährlich 6 Milliarden Goldmark. Die fünfte Konferenz, die von Spa im Juli 1920, stellte die prozentuale Beteiligung der einzelnen Siegerstaaten fest und regelte die deutschen Kohlenlieferungen. Die Gesamtsumme war noch immer nicht festgelegt. Eine projektierte Konferenz von Genf fiel aus, eine begonnene in Brüssel wurde Dezember 1920 abgebrochen, und es kam die Pariser Konferenz, die siebente, die im Januar 1921 die deutsche Schuld auf 226 Milliarden Goldmark bemess. Es folgte nun die zweite Londoner Konferenz, die sich mit deutschen Gegenanträgen befaßte, und schließlich, Mai 1921, die dritte Londoner Konferenz. Sie erließ das berüchtigte Ultimatum, das von Deutschland unter dem Zwange der Not angenommen wurde.

Die deutsche Kriegsschuld wurde jetzt auf 132 Milliarden Goldmark „herabgesetzt“, wozu 7 Milliarden Vorschüsse treten sollen, die von den Alliierten während des Kriegs an Belgien gegeben worden waren, also im ganzen 139 Milliarden Goldmark. Zunächst sollten von Deutschland jährlich 2 Milliarden Goldmark und 26 Proz. des Wertes seiner Ausfuhr bezahlt werden, also ungefähr 3 1/2 Milliarden Goldmark jährlich. Es setzte nun die Entwicklung ein, die dem aufmerksamen Zeitungsleser noch einigermaßen in Erinnerung sein wird: der deutsche Erfüllungsversuch, das Wiesbadener Abkommen, die Erfüllung der deutschen Zahlungsunfähigkeit, die Konferenzen von London und Cannes.

Das Berliner Abkommen über die Sachlieferungen, das „paraphiert“, d. h. zur vollen Unterzeichnung bereit, vorliegt und dessen Hauptinhalt wir in unserem gestrigen Abendblatt mitteilten, ist sozusagen eine Kombination von Wiesbaden und Cannes. Von Cannes stammt die Einsicht, daß Deutschland die Bezahlung von 3 1/2 Milliarden im laufenden Jahr nicht zugemutet werden kann, von Wiesbaden die Erkenntnis, daß es besser ist, Deutschland in möglichst weitem Umfang nicht mit Devisen, sondern mit Waren bezahlen zu lassen.

Ueber den Inhalt des Abkommens teilen die „BPM.“ noch weiter mit:

Von den in Cannes festgelegten 1450 Millionen Goldmark für Sachleistungen entfallen 950 Millionen auf Frankreich, für das das Wiesbadener Abkommen gilt; für die übrigen Länder verbleiben also noch 500 Millionen Goldmark. Darin sind jedoch enthalten die Kohlenlieferungen für Italien und Belgien mit einem Betrage von 120-140 Millionen Goldmark. Ferner sind abzuziehen die Lieferungen, die bisher erfolgt sind und im Jahre 1922 noch erfolgen, und die auf 100 Millionen Goldmark geschätzt werden. Ferner kommen in Abzug die 25 Proz. die England auf Grund des Recovery Act auf die Ausfuhr legt, was 80-100 Millionen Mark ausmacht. Uebrig bleiben somit 150-200 Millionen Goldmark. Eine Schlüsselverteilung dieser Quote auf die einzelnen Staaten, die sich an dem Abkommen beteiligen wollen, ist noch nicht erfolgt. Sie wird wahrscheinlich durch den Obersten Rat unter den in Frage kommenden Staaten vorgenommen werden. Jedoch kennen die einzelnen Mächte den Vertrag offiziell überhaupt noch nicht, er muß zunächst von der Reparationskom-

nission anerkannt werden. Vermutlich dürften sich aber zunächst Belgien, Italien und Serbien an dem Abkommen beteiligen.

Dier Fälle sind vorgesehen, in denen von den Vertragsschließenden Einspruch erhoben werden kann gegen einen Geschäftsabschluss: 1. wenn es sich um ein Scheingeschäft handelt, 2. wenn der Geschäftsvertrag dem Gesamtabkommen widerspricht, 3. wenn von der deutschen Außenhandelsstelle die Ausfuhr verweigert wird und 4. wenn die Ausfuhr noch nicht verteilt ist. Für die Ausfuhrerteilung steht der Außenhandelsstelle eine Frist von insgesamt 3 Wochen zur Verfügung. Hat die Reparationskommission über diese Frist hinaus noch eine Woche auf die Entscheidung der Außenhandelsstelle gewartet, so muß die deutsche Regierung auf Antrag über deren Kopf hinweg entscheiden. Andererseits ist die Reparationskommission gebunden, nur dann gegen eine gefällte Entscheidung der Außenhandelsstelle Einspruch zu erheben, wenn diese die Ausfuhrgenehmigung auf Reparationskonto schlechter behandelt als sonst.

Im übrigen verpflichten sich die deutsche Regierung und die Reparationskommission, darüber stets zu wachen, daß die oben errechnete Quote von 150—200 Millionen Goldmark im freien Verkehr nicht überschritten wird. Ferner verpflichten sich nach dem Vertrag die Länder zu gegenseitiger Unterstützung gegen Betrübungen bei Geschäftsabschlüssen; jeder einzelne Geschäftsabschluss muß gleichfalls die Bestimmung enthalten, daß er sich im Rahmen des Abkommens hält. Die Verträge, die auf Grund des Abkommens zwischen deutschen Verkäufern und Käufern aus den alliierten Staaten abgeschlossen werden, werden genau so behandelt wie alle übrigen Geschäftsverträge und unterliegen ebenso wie diese den deutschen Gesetzen und Vorschriften. Waren aus dem besetzten Gebiet z. B. können auf Reparationskonto nur angerechnet werden, wenn sie die deutsche Ausfuhrkontrolle passiert haben. Waren, deren Ausfuhr verboten oder kontingentiert ist, dürfen nicht geliefert werden. Diese können nur im Rahmen des Friedensvertrages gefordert werden, nicht im freien Verkehr.

Werden weniger Sachleistungen auf Grund dieses Abkommens geliefert, als die Quote an sich zuließe, so darf der Restbetrag nicht auf die Barleistungen angerechnet werden. Die Umrechnungen erfolgen nach dem Stand der Kurse am Tage des Geschäftsabschlusses, danach werden z. B. die Franken in Papiermark und diese in Goldmark umgerechnet. Deutschland kann das Abkommen kündigen, wenn es nachweist, daß ein Land den Vertrag mehrfach gebrochen hat.

Da es sich bei dem Abkommen um keine Änderung des Friedensvertrages, sondern nur um eine neue Regelung im Verfahren seiner Ausführung und Erfüllung handelt, wird es den Parlamenten der beteiligten Länder nicht vorgelegt werden, sondern nur als ein Abkommen zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission geschlossen werden.

Soweit die Mitteilungen der P.P.N. Der Wert der deutschen Ausfuhr im Jahre 1920 wird mit etwa 4 Milliarden Goldmark angegeben. 200 Millionen bilden nur den zwanzigsten Teil dieser Summe. Man wird also die Bedeutung dieses neuen Experiments, das zunächst bis zum 30. April 1923 dauern soll, nicht überschätzen dürfen.

Wichtiger ist das Wiesbadener Abkommen, wichtiger ist die Frage, wie die 720 Millionen Goldmark für das laufende Jahr aufgebracht werden sollen. Wichtiger wäre noch mancherlei anderes, z. B. die Frage, welcher wirtschaftliche Schaden nicht nur Deutschland, sondern der ganzen Welt durch den ewigen Wechsel und die ewige Unsicherheit der Finanzpläne zugefügt wird. Das soll natürlich kein Vorwurf gegen diejenigen sein, die sich um das Zustandekommen des neuen Abkommens bemüht haben. Der Marsch durch das Sumpfland der Provisorien muß eben fortgesetzt werden, bis der solide Boden eines ausführbaren Definitivums erreicht ist. Und da das neue Abkommen dem Wahnsinn der phantastischen Barzahlungen durch das nuchternere System der Sachleistungen zu Leibe geht, darf man es wenigstens als einen Schritt in der richtigen Richtung betrachten.

## Zwischen 1800 und 2000.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Wir schreiben das Jahr 1922, die Musikrevolutionäre vom hohen Flug der Schönberg und Busoni 2000, das unerbildete Volk und das arg verbildete, auf Staub und Exotikum stolze Publikum der Philharmonie, der Staatsoperkonzerte, schreibt 1822. Kenne sich in diesem Käsel innerer, bedeutsamer Zahlen aus, wer kann. Der Kompromiß in der Mitte scheint nicht der schlechteste Ausweg. Wenn heute Busonis Klangarme, ätherische, philosophische zerstückelte Faust-Musik neben Handn und Schubert gestellt wird, so muß dieser ungenohnte Geist die Menschen von heute entgeistern. Zugegeben: Dieses Greisenstück ist dürr, feienlos, matt. Aber tollschweigen ist vornehmer und besser als tatsächliche; besonders wenn es sich um scheinbar lebige Gebilde handelt. Wer weiß, wie es Brahms oder Schubert im Jahre 2000 ergeben wird? Schon heute ist Tausenden eine Lamentation Palestrinas glattes Mißbehagen. Hören wir auch ruhig Schönbergs Fis-moll-Quartett an; nicht die Noten, die schauerhaft klingen, in Zickzackwegen dahinfluten, ungebunden, in sonderbarsten, dem Ohr feindlichen Ausbiegungen, Anprallungen, Verpfuschungen landläufiger Harmonien. Jemand etwas an diesem Werk, über ihm schwebend, in den Zwischenräumen raunend, ist neues Melos, noch unergründet und noch nicht ohne Bewußtheit klingend, aber vorausschauende Revolution, trampelnde Leben. Ein Funken vom heiligen Feuer, ein „Dröhnen nur der heiligen Stimme“ (George). Vielleicht auch das nicht einmal. Ein kühler heiligster Gefinnung aber, umhaucht von der Lust anderer, kühlerer Planeten, wirft uns das Wort hin. Das Laminon-Quartett spricht es mit Inbrunst nach, und Rosa Pisling gibt der Titanen, der Entrückung die außerordentliche Einfühlungskraft einer erlebnisreichen Stimme. Und der „Melos“-Bereinigung darf man Dank sagen für den Eifer ihrer Propaganda in Musikbüchern des 21. Jahrhunderts.

In jedem Jahrhundert wird oder würde man die Länge zum „Artemis“-Drama des Kopenhagener Louis Blach zur überflüssigen Gelegenheitsmusik rechnen. Schnedler-Petersen, ein ruhiger, nur sachlicher, unpersönlicher Dirigent, bringt das knallige und im Tanz französisierende Stück aus seiner Heimat hierher und streicht landesmännlichen Beifall ein. Toffy Spivakowsky hat mit Tschalkowskas Violinkonzert hinterher eigentlich leichtes Stand. Da singt doch einer Melodie, wenn auch nicht gewählte, da schreibt einer April und virtuosen Schmitz. Der junge Toffy ist ein technisches Phänomen; doch muß die ungeheure Fingigkeit der Läufe und Griffe Seele und Adel des Tons dämpfen. Es bleibt ein Beben, ein leidvolles Vibrato haften, das von Anechschaf, Ghetto, von Blut und Entladung spricht. Freier, großer Ton strömt aus Felschs Meistergeige, die ein kunstvoll, wechselfell, stets ansprechend tätiger Bogen dirigiert. Leider ist in diesem Rondo capricioso Saint-Saëns' keine Note französisch nachgelebt, Eleganz und Grazie ist durch deutsche Schwerblütigkeit, exakte Bewissenhaftigkeit ersetzt. O, könnte Hage das taprizische Spiel nach einem hergebeal. Salome Rih, ein Ren-

## General v. Watter gegen den „Vorwärts“.

Gestern mittag wurde vor dem Schöffengericht in Roabit über die Beleidigungsklage des Generalleutnants a. D. v. Watter gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Victor Schiff, zum ersten Male verhandelt.

Wie erinnert, hatte im Anschluß an einen Bericht unseres Blattes über den „Frontkämpfertag“ im Stadion der General v. Watter gegen die auf ihn angewandte Bezeichnung „Rechtsofschewist“ protestiert. Sein Brief wurde unter der Ueberschrift „Ist er dumm oder tut er nur so?“, Ende August 1921 im „Vorwärts“ abgedruckt, wobei unter Hinweis auf eine von der badiischen Staatsregierung aufgedeckte Verschwörung in Karlsruhe und auf die höchst zweideutige Haltung Watters in den ersten Tagen des Kapp-Putsch als Reichwehrbrigadefeldkommandeur in Münster eine Zurücknahme der Bezeichnung „Rechtsofschewist“ abgelehnt wurde. Der Rechtsbeistand des Generals, Dr. Alsbere, forderte daraufhin unseren Redakteur auf, diese Beschuldigungen zurückzunehmen, was jedoch abgelehnt wurde. Eine entsprechende „Berichtigung“ Watters fand lediglich aus preßgesetzlichen Gründen in unserem Blatte Aufnahme.

In der gestrigen Verhandlung, unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrates Hoffbeinz wurde von dem Angeklagten unter Ablehnung eines Vergleiches auf der Durchführung der Beweisaufnahme bestanden. Es handelte sich demnach zunächst um eine Beschränkung der Zahl der von den beiden Parteien genannten Zeugen. Der Kläger v. Watter, der nicht anwesend und durch den R.-A. Pesche vertreten war, hat namentlich eine ganze Anzahl von höheren Offizieren als Zeugen genannt, darunter General Kabisch, Oberstleutnant v. Unruh, Major v. Lühow u. a., die seine Verfassungstreue während des Kapp-Putsch bzw. die Harmlosigkeit jener Karlsruher Geheimfugung bekunden sollen. Der Angeklagte, dem die Rechtsanwälte Dr. Horowich-Berlin und Genosse Dr. Alwin Saenger-München zur Seite stehen, bestand u. a. auf Ladung des preußischen Ministers, Genossen Severing, der Landtagsabgeordneten Hufemann und Klupsch, des Reichstagsabgeordneten Otto Braß und weiterer an den Vorgängen im Ruhrgebiet beteiligter Arbeiterführer, sowie ebenfalls des Majors a. D. v. Lühow.

Einige im Ruhrgebiet ansässige Zeugen werden kommissarisch vernommen werden, andere werden dagegen persönlich zur Hauptverhandlung erscheinen müssen. Der Termin wurde daraufhin verlagert.

## Konflikt im Reichswasserstraßenbeirat.

Die Arbeiter sollen ausgeschaltet werden.

Die in den letzten Tagen des Februar stattgefundenen Sitzung des 24. Ausschusses des Reichswasserstraßenbeirates befaßte sich mit den bereits eingereichten 60 Anträgen zum Entwurf „Bildung von Reichswasserstraßenbeiräten“. Die Reichsverfassung verlangt neben der Ueberführung der Reichswasserstraßen auf das Reich ebenfalls die Bildung von Reichswasserstraßenbeiräten, und zwar für die verschiedenen Bezirke je einen Bezirksbeirat, sowie für alle insgesamt einen Reichswasserstraßenbeirat. Der 24. Ausschuh beschloß für 8 Bezirke, nach den Stromläufen, je einen Bezirksbeirat zu bilden.

Der Bezirkswasserstraßenbeirat soll nach § 3 der Verordnung die Aufgabe erfüllen, in wichtigen Fragen, die die Verwaltung, Unterhaltung und den Ausbau sowie den Verkehr der vorhandenen und geplanten Wasserstraßen seines Bezirkes betreffen, Gutachten abzugeben. Die Zusammensetzung des Bezirks- sowie des Reichswasserstraßenbeirates besteht aus dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter, die vom Reichsverkehrsminister für die Dauer des Hauptamtes ernannt werden, je einem Vertreter der Reichseisenbahnverwaltung, sowie Mitgliedern, die als Vertreter der Schiffahrt, der Expedition sowie der offenen Häfen, der Gemeindeverbände, des Handels, der Industrie, der Land- und Forstwirtschaft, der Fischeret sowie der Angestellten, Beamten und Arbeiter in Frage kommen. Sie sollen durch die Berufsverbände vorgeschlagen und vom Reichsverkehrsminister ernannt werden.

Ueber die Zahl der Arbeitnehmervertreter entspann

sich eine lebhafte Debatte, da der Vertreter der Schiffahrt und Industrie den Antrag der Arbeitnehmerorganisationen — je ein Drittel der bestehenden Sitze in den Wasserstraßenbeiräten für sich in Anspruch zu nehmen — als zu weitgehend bezeichnete. Eine Einigung wurde bisher nicht erzielt. Vielmehr hielten die Arbeitnehmervertreter ihren Antrag energisch aufrecht und erklärten, weiterhin nicht mitarbeiten zu können, wenn dieser Antrag verworfen würde. Der 24. Ausschuh wurde sich weiter dahin einig, daß dem Reichswasserstraßenbeirat die Vollmacht gewährt werden muß, den Reichswasserstraßenetat im Beirat zu besprechen. Die Konferenz vertagte sich, um in vier bis sechs Wochen in Braunschweig oder Hannover wieder zusammenzutreten. Die Arbeitnehmervertreter halten ihren Antrag aufrecht und sind entschlossen, bei Ablehnung mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen jede weitere Mitarbeit abzulehnen.

## USP. und Koalitionspolitik.

Im Kreisverein der USP. für Groß-Dresden erklärte der sächsische Arbeitsminister Ristau:

„Er würde, wenn seine Anwesenheit im Reichstag möglich gewesen wäre, mit der Mehrheit gestimmt haben. Man sollte aber bei den 13 Abstimmen die Gründe für ihr Verhalten anerkennen. Diejenigen Genossen, die so schnell mit einem Todesurteil zur Hand wären, hätten noch nicht auf verantwortliche Posten gestanden. Es wäre ein großer Schaden für die Partei, etwa gegen die 13 Genossen vorzugehen. Wahrscheinlich im Rai würde bei der Steuerberatung die Regierung Wirb gestürzt werden. Unter Umständen könnte dann auch die USP.D. eine der Regierungsparteien werden. Und wenn es dann gelte, den Kampf mit der Entente zu führen und die Schwierigkeiten im Innern gegen die bürgerlichen Parteien zu überwinden, könne die Partei leicht in die Lage kommen, auch gegen etwaige Illusionen mancher Parteigenossen aufzutreten zu müssen.“

Die Versammlung erklärte sich indessen gegen 5 Stimmen für die Richtung Ledebour-Crippien. In anderen Gegenden Sachsens und Thüringens sind die USP.-Beute schon etwas klüger.

## Prüfung von Landarbeiterwohnungen.

Wegen der häufigen Klagen über die schlechte gesundheitliche und bauliche Beschaffenheit der Wohnungen und Unterkunftsgebäude für Landarbeiter und Landwirtschaftsgehilfen hat der Minister für Volkswohlfahrt angeordnet, daß künftig in den Bezirken der Wohnungsaufsichtsbeamten auch die Maßnahmen erörtert werden sollen, die zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter getroffen worden sind. Gemeindebehörden und Wohnungsämter sollen unvermutete Besichtigungen vornehmen, um etwaige Mängel festzustellen und auf ihre Beseitigung hinzuwirken. Gegebenenfalls sollen dabei auch die Kreiswohlfahrtsämter mitwirken, wobei die Hinzuziehung der Kreisärzte zweckmäßig sein dürfte.

## Die Gelder des alten Heeres.

Die Banken, Sparkassen usw. sind auf Grund des Gesetzes betreffend die Verpflichtung zur Auskunst über militärische Gelder vom 25. Oktober 1921 auf Aufforderung des Reichsfinanzministers verpflichtet, ihm über die bei ihnen bestehenden oder seit dem 1. April 1914 vorhanden gewesenem Guthaben militärischer Dienststellen des alten Heeres, der alten Marine, der alten Heeres- und Marineverwaltung sowie sonstiger aufgelöster Heeres- und Marineeinheiten jede mündliche oder schriftliche Auskunst zu geben und Kontoabchriften zu liefern. — Der Reichsfinanzminister hat diese seine Befugnisse den Landesfinanzämtern übertragen.

Der Fall Smeets. Die Verhandlungen gegen den rheinischen Sonderbündler Smeets haben gestern vor der 3. Strafkammer in Köln begonnen. Die Verhandlungen dauerten den ganzen Tag. Smeets erklärte, es habe ihm ferngelegen, durch die Wiedergabe des Artikels den Reichspräsidenten beleidigen zu wollen, da das im Widerspruch zu seiner Politik stehe, eine Lösung der Rheinlandfrage auf friedlichem Wege durch einen internationalen Vertrag herbeizuführen. Der Prozeß wurde auf Freitag vertagt.

Fortschritte der drahtlosen Telegraphie. Der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie ist es gelungen, mit räumlich sehr kleinen transportablen Empfangseinrichtungen die Funkstrahlung selbst solcher Stationen aufzunehmen, die mehr als 19000 Kilometer, d. h. den halben Erdumfang, entfernt sind. Demnach kann man heute an jedem Punkt der Erde alle einigermaßen stärkeren Funkstationen abhören. Der Oberingenieur Dr. Gau war nach Buenos Aires entsandt worden, um den geeigneten Platz zur Errichtung der Empfangsanlage für die im Bau befindliche Großstation derselben Gesellschaft zu ermitteln. Diese argentinische transatlantische Station ist bekanntlich als Gegenstation für Rauen zum Verkehr mit Südamerika bestimmt. Es waren dazu eingehende wissenschaftliche Untersuchungen erforderlich, da es sich um zu überbrückende Entfernungen von 12000 Kilometer (Rauen—Buenos Aires) handelt, und zwar in einem Lande, in dem bisher der funktentelegraphische Empfang durch sehr starke atmosphärische Strömungen beeinträchtigt war. Dr. Gau, der soden wieder nach Berlin zurückgekehrt ist, hat den geeigneten Ort für die Empfangsanlage in der Umgebung von Buenos Aires gefunden, und ist dieser Strömungen vermittelst Rahmenantenne völlig Herr geworden, so daß schon jetzt ein allerdings einseitiger Verkehr von Rauen nach Argentinien möglich ist. Bei dieser Gelegenheit gelang es auch zum erstenmal, die Zeichen einer nicht übermäßig starken japanischen Station (Antipodenstation zu Buenos Aires!) über zwei verschiedene Kurse aufzunehmen. Der erste Kurs führt über den Stillen Ozean, fast ausschließlich über Wasser, der zweite erst über den Atlantischen Ozean, dann aber fast ausschließlich über die Kontinente Afrika und Asien. Auf letzterem Wege werden die Telegraphiezeichen im Vergleich zu den über den Stillen Ozean außerordentlich viel mehr geschwächt, so daß die Lautstärke in Argentinien bei gleicher Weglänge über den Atlantik nur etwa den hundertsten Teil derjenigen über den Pazifik beträgt. Ferner konnten alle die interessanten funktentelegraphischen Erscheinungen täglich studiert werden, die beim Empfang funktentelegraphischer Zeichen sonst nur bei Gelegenheit der seltenen Sonnenfinsternisse beobachtet werden. Auch weitere, für die Meteorologie wertvolle Ergebnisse sind erzielt worden.

Clod George und die Kabarettisten des Montmartre. Der englische Premierminister ist seit einiger Zeit die Hauptzielgröße des Spottes und Hohns, den die Komiker der Pariser Varietés und Kabarettis über der französischen Volksmeinung mißliebige Persönlichkeiten ausgießen. Man machte ihn lächerlich als einen „Gnom im schottischen Köchchen“ und stellte ihn sogar neben den früheren deutschen Kaiser. Der Beifall, den die gesagten Couplets auf Clod George fanden, feuerte die Satire immer mehr an, so daß schließlich die Pariser Polizei sich ins Mittel legte. Der Polizeipräsident entsandte ein ganzes Heer von Aufsichtsbeamten nach dem Montmartre, um zunächst einmal „den Tatbestand“ festzustellen. Das Erscheinen der Geheimdetektiven, die sich eifrig Notizen machten, brachte die Chansonniers und ihre Anhänger aber erst recht in den Harnisch. Sie improvisierten in ihren Liedern neue Strophen, in denen sie sich mit den im Saal befindlichen Spiegeln beschäftigten. So trug z. B. ein Komiker unter allgemeinem Beifall einige Verse vor, in denen er dem Präseften den guten Rat gab, lieber etwas mehr auf die Einbrecher aufzupassen, die gerade in den Nächten

## Die Ostmesse.

Aus Königsberg wird uns geschrieben: Wenn die Entwicklung der östlichen Verhältnisse selbst die europäische Politik stark beeinflusst, so muß das wirtschaftliche Ostpreußen in noch stärkerer Weise der Fall sein. Das wirtschaftliche Erwachen Rußlands und der Randstaaten vollzieht sich vor den Toren Ostpreußens und seiner einzigen Großstadt, Königsberg. Was anderwärts erst spekulative Betrachtung und aus der Ferne angestellte Erwägung ist, macht hier, wo man den Dingen viel näher steht, erheblich stärkeren Eindruck. Es stellt deshalb dem Scharfblick der Männer ein gutes Zeugnis aus, die schon rechtzeitig begannen, Deutschlands wirtschaftliches Können der neu erwachenden östlichen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Dies geschah durch die in Königsberg abgehaltenen Ostmessen. 1920 fand die erste statt. Die vierte wurde soeben vom 19. bis 24. Februar in den in den Jahren 1920 und 1921 errichteten Messehallen abgehalten. Die überaus stark besuchte Messe stellte der deutschen Arbeit ein sehr günstiges Zeugnis aus.

Selbstverständlich richtete sich das Hauptinteresse der Messerveranstalter auf die östlichen Besucher und deren Verhalten. Es sind denn auch 1400 Einkäufer aus Litauen, Lettland und Estland gekommen. Sowjetrußland hat sich an der Messe nicht durch Aussteller beteiligt. Dafür war eine Vertretung der Berliner Handelsvertretung Sowjetrußlands offiziell anwesend. Bevollmächtigte dieser russischen Staatsstelle kamen zweimal öffentlich zu Wort. In beiden Fällen äußerten sie sich vorsichtig über Rußlands Stellung zu Deutschland. Trotzdem aber betonten sie Deutschlands Bedeutung für den Wiederaufbau Rußlands und äußerten starke Hoffnungen für eine erfolgreiche deutsche Beteiligung. Der Sowjetvertreter Wittner nannte Deutschland bei der Begrüßung in der Stadthalle am 21. Februar das hervorragendste Land auf dem Gebiet der Technik und der wirtschaftlichen Organisation. Nachdrücklich betonte er den neuen wirtschaftlichen Kurs der Sowjetregierung und die Vorteile, die er der deutschen Initiative verspricht.

Auf dem Internationalen Abend der Messe, am 22. Februar, sprach im Mesepalast der Generalsekretär Pieper für die russische Handelsvertretung. Er ist übrigens Deutscher und war früher deutscher Offizier. Seine Ausführungen hoben das bereits in der Deutsch-russischen Transport-Gesellschaft, der Deutsch-russischen Metallverwertungsgesellschaft usw. zum Ausdruck gekommene Zusammenarbeiten Rußlands mit Deutschland hervor. Rußland ist nach ihm das Land wahrhaft unbegrenzter Möglichkeiten und das Riesenschwungrad in der Maschine der Weltwirtschaft. Doch ihm müsse geholfen werden, und dazu sei Deutschland in erster Linie berufen. Rußland biete dazu durch seine Berliner Handelsvertretung die Hand. Milliardenaufträge habe diese bereits abgeschlossen. Wenn ihre Tätigkeit jetzt stark eingeschränkt sei, so liege dies auch daran, daß ihr in Berlin nicht die notwendigen Büroräume zur Verfügung gestellt wurden. Kommunistische Klänge hörte man aus seiner der beiden Reden. Weitblickende deutsche Kaufleute hätten nicht viel anders sprechen können.

So läßt sich erwarten, daß bald starke wirtschaftliche Beziehungen erneut Ostpreußen mit Rußland verbinden. Ein Erfolg dieser vierten Ostmesse ist bereits, daß erste Verhandlungen mit Königsberger Großkaufleuten wegen Anbahnung deutsch-russischer Geschäftsbeziehungen begonnen haben. Man darf wohl um so eher Erfolge in dieser Richtung erwarten, als auch die Messeleitung in ihrem Organ, dem gut geleiteten „Ost-Europa-Markt“, die russische Frage erfreulich objektiv und einflussvoll behandelt. In dem Leitartikel der reich ausgestalteten Messeausgabe betont Dr. Bertenberger, daß der russische Wiederaufbau nur so ermöglicht werden kann, daß

reiche Ernte hielten, in denen ein solches Aufgebot der Polyzisten nach den Bergbaustätten des Rostmarire entzündet war, um das Vaterland durch die Beschäftigung des guten Rufes von Lloyd George zu retten.

**Die verkehrte Stadt.** Die Amerikaner haben oft genug die Architekten und Ingenieure Europas in Staunen gesetzt durch die Leichtigkeit, mit der sie ein Haus unbeschädigt von einem Ort nach einem anderen transportieren. Jetzt haben sie auf diesem Wege einen tüchtigen Schritt nach vorwärts getan. Man hatte festgestellt, daß in Hibbing, einem Ort in Minnesota, ein Stadtviertel auf einem Gelände stand, das in der Tiefe reiche Lager wertvollen Erzes barg. Um diese Erzlager zu erschließen, wäre es notwendig gewesen, sechzehn viele Stockwerke zählende Häuser des Viertels niederzulegen. Da dies nicht anging, beschloß man einfach, das ganze Stadtviertel, wie es stand, abzutransportieren. Die Mauern jedes Hauses wurden zu dem Zweck bis zum Fundament untergraben und mit einem reich konstruierten Gerüst, das auf Rädern beweglich war, unterbaut. Auf dieser Rädermasse wurden dann die sechzehn Gebäude auf ein anderes Gelände übergeführt, so daß der die Erze enthaltende Grund der Grubenarbeit zugänglich wurde.

## Fabrik und Arbeiter.

Sie ist eine Welt für sich.  
Deine Welt. —  
Ihr Rhythmus bestimmt den Takt meines Herzens.  
Ihr Gesicht liegt im Ausdruck meines Auges.  
Ihre Dämpfe befehen meinen Odem.  
Ihre Triebkräfte treiben meine Maschinen.  
Ihr Lärm überschreit meine Stimme.  
Alle deine Sinne gehören ihr.  
Ewig schaffend,  
Motor deiner Welt — aller Welt,  
Quelle des Reichtums ist die Fabrik.  
Deine Welt. —  
Du aber — bist arm.

W. Lodenhagen.

**Ernst Friedrich Heick** liest Dichtungen von Richard Dehmel heute abend 7½ Uhr in der Arbeiter-Kunstausstellung, Petersburger Str. 39. — Sonntag, den 5. abends 7½ Uhr, in der Stadthalle, Richterstr. 47-50. 48. Vortragabend: Ernst und weitere Dichtungen. Volklied, gesungen vom Quartett der R. R. Sprecher.

Eine Wiederholung des ersten Volks-Symphoniekonzertes im Großen Schauspielhaus findet Sonntag, den 5. 11½ Uhr normaler Zeit. Programm: Beethoven, Symphonie-Duette und Violin-Konzert (Solo: Georg Kienkamps). Schubert, C-dur-Symphonie. Dirigent: Klaus Bringsheim.

In der **„Tribüne“** findet am Sonntag, den 5., mittags 12 Uhr, eine Vortragsmatinee statt. Olga Wofjan liest aus dem Werke: „Man hat, Heinrich Mann und Edgar Wilde.“

**Vorsicht!** Der bekannte russische Schriftsteller, von dem auch zuweilen in unserer Parteipresse Arbeiten veröffentlicht worden sind, & in Verbindung gebracht.

die Befundung des russischen Wirtschaftslebens gefördert wird. Irgendeine künstliche Kolonialisierung müsse in jeder Hinsicht als falsch und unfruchtbar abgelehnt werden.

So dürfte auch die jetzt abgehaltene Messe für die Deffnung neuer Wege nach dem weiten Riesereich des Ostens mindestens sehr nützliche Vorarbeit geleistet haben. Ob dieses wertvollsten Zweckes müssen auch einige bei der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftslage für die Verbraucher wenig angenehme Wirkungen mit in Kauf genommen werden. Die sich drängenden Preissteigerungen haben leider die Folge, daß die Rohstoffe für die Waren, die die lebhaften Messerverkäufe erzeugen, teurer eingekauft werden müssen als die Fertigfabrikate jetzt kosten. Das ist kein gering einzuschätzender Uebelstand. Doch dürfen wir wohl aus der baldigen Wiederanknüpfung starker russisch-deutscher Wirtschaftsbeziehungen die Hoffnung nehmen, daß dieser Uebelstand nur ein nicht mehr lange währendes Uebergangsstadium bedeutet.

**Preußens Armut** veranlaßt den Handelsminister, den bisher ungehört verhaltenen Aufruf an das Handwerk zur Unterstützung der Meisterjurie und Gewerbeverbände einbringlich zu wiederholen, da ihre Zukunft schwer gefährdet ist. — Man vergleiche mit dieser Jugendschrift die hohen Töne der rechtsparteilichen Handwerksretter in den Parlamenten!

# Der Kriegsplan des Braukapitals.

Im nachstehenden veröffentlichen wir den Bericht über eine streng vertrauliche Sitzung, die der Große Ausschuss des Brauerbundes am 14. Oktober 1921 im Hotel Adlon abhielt. Die Art und Weise, wie das Braukapital im Interesse eines Profits die Volksgesundheit zu untergraben versucht, macht jeden Kommentar überflüssig. Sie spricht für sich selbst.

Es waren in dieser Sitzung die führenden Persönlichkeiten der gesamten deutschen Brauindustrie vertreten. Man war streng darauf bedacht, daß kein Unberufener anwesend war. Die meisten Reden und Debatten wurden als streng vertraulich behandelt, und der Versammlungsleiter, Präsident Funke, hat wiederholt, vorderhand ja alle besprochenen Punkte aus tatsächlichen Gründen geheim zu halten. Der größte Teil der Besprechungen, Anträge und Aussprache galt der

## Abwehr der Antialkoholbewegung.

Man konnte aus den Beiträgen, auf die weiter unten noch näher eingegangen wird, immer wieder den Klage-ton hören, immer wieder Ratlosigkeit und Bellemmung über die jetzige Wirtschaftslage in der Brauindustrie feststellen. Es sei höchste Zeit, um in zwölfter Stunde den Abstinenten das Wasser abzugraben. Darum gelte es jetzt ganz energisch die Zügel der

**Organisation eines Abwehrbundes gegen die Antialkoholiker** in die Hand zu nehmen.

Die Steuerlast und das ständige Zusehen der Abstinenten lassen die Zukunft der Brauindustrie, trotzdem sie sich von den Wunden des Krieges langsam erholt hat, sehr schwarz erscheinen. Daß die Brauindustrie ihre Kampfmittel gegen die Antialkoholiker auf breiteste Basis stellt und in großzügiger Weise die Gegenpropaganda einleitet, erzieht man daraus, daß sie eigens ihren Generalsekretär Dr. Reumann nach Amerika entsandte, um dort die Wirkung des Antialkoholbotes zu studieren und alle Schattenseiten dieses Geheges sofort für die Zwecke und Reformen der Brauindustrie nutzbar zu machen.

Als erster Redner sprach Dr. Kürz, Basel, Vizepräsident der Nationalen Vereinigung schweizerischer Prohibitionsgegner. Er führte dem Inhalte nach ungefähr folgendes aus: In der Schweiz hat sich ein „Schutzverband gegen die Uebergriffe der Abstinenten“ gebildet; vorderhand erfolglos. Anfang dieses Jahres wurde neuerdings eine „Nationale Vereinigung gegen die Antialkoholbewegung“ in der Schweiz gebildet. Das Bier sei in erster Linie dazu berufen, im Kampfe gegen den Alkohol eine führende Rolle zu spielen. Die Brauindustrie hat im einseitigen Kampfe gegen die Antialkoholiker, die es hauptsächlich auf die Unterdrückung des Schnapses und der sonstigen Spirituosen abgesehen hatten, mit Gewalt bei Fuß eine abwartende Stellung eingenommen, einestheils sah sie den Kampf gegen den Alkohol, der doch die

**Zurückdämmung des Schnapses zugunsten des Bierverbrauches** zur Folge hatte, ganz gern; sie hatte zunächst keinen Schaden von den Abstinenten, als aber die sehr rührige Abstinentenpropaganda auch das alkoholische Bier verdammt, da galt es auf dem Sprung zu sein, und deshalb wurde in der Schweiz sofort eine Aktion der Gründung einer Abwehrstellung unternommen. Die Bedenken der Alkoholgegner hatten eine gewisse Berechtigung, solange es sich um vernünftige Mäßigkeitsbestrebungen handelte; aber man kann heute von einer vernünftigen Mäßigkeitsbestrebung nicht mehr sprechen. Jetzt gibt es in dieser Beziehung nur mehr Fanatismus.

Die Bewegung gegen das alkoholische Bier ist in allen Ländern in großem Maße in Angriff genommen worden. Uns scheint es notwendig, mit einer internationalen Gegenwehr einzusetzen. Das geht voraus, daß in den einzelnen Ländern eine nationale Einheitsfront geschaffen wird, wo die Interessenten mit aller Macht gegen die Machenschaften der Antialkoholiker, insbesondere auf dem Gebiete der Beeinflussung der Gesetzgebung, sich wehren müssen.

Der Schweizerische Bierbrauerverband hat seinen Beitritt zu der Nationalen Einheitsfront erklärt. Wir dürfen nicht sagen, gegen die Abstinenten ankämpfen zu wollen, sondern wir müssen das Publikum glauben machen, daß wir

## nur gegen die Auswüchse der Temperenz

ankämpfen. Unsere Statuten sind so abgefaßt, daß wir den Brauerinteressenten im voraus eine Uebermacht gewähren. Wir unterscheiden nämlich zwischen Kollektivmitgliedern (Interessenten) und Einzelmitgliedern. Die Kollektivmitglieder haben natürlich auf Grund der Höhe ihres Beitrages eine erhöhte Stimmenszahl, wodurch natürlich die Rechte der Brauindustrie ohne weiteres gewährleistet sind.

Ist die nationale Einheitsfront auf diesem Wege gebildet, so tritt der Gedanke auf, auch

## eine internationale Einheitsfront

zu gründen. Unser Verband hat bereits die Initiative ergriffen. In Frankreich wurde ebenfalls schon der Anfang gemacht mit der Gründung des Comité international. Die Franzosen haben allerdings die Zentralmächte von der Internationalen Vereinigung der Prohibitionsgegner ausgeschlossen. Schließlich hat man sich unter Führung der Schweiz auf einem Boden gefunden, der dankbar ist. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß eine neue Kommission gebildet wurde. Diese Kommission ist so zusammengesetzt, daß die neutralen Staaten die Mehrheit haben.

Die Abstinenten haben sehr viele Misshauer aus allen Parteien und Schichten der Bevölkerung, speziell Leute, die sich mit dem Volkswohl zu beschäftigen glauben. Wir kennen Abstinenten aus Prinzip, aber auch Abstinenten, die aus Sparmaßnahmen aus diesem Dogma schwärzen, aber auch solche, die aus Geschäftsinteresse sich dazu bekennen. Wir müssen geschlossen gegen alle die Bünde, die uns jetzt gefährlich werden, Stellung zu nehmen. Der Zweck unserer Reise ist, Sie heute zu bitten, in Deutschland jetzt energisch die Zügel in die Hand zu nehmen, um eine Einheitsfront zu gründen. (Großer Beifall.)

Dr. Reumann, Generalsekretär der Nationalen Vereinigung schweizerischer Prohibitionsgegner in Bern, führte ungefähr fol-

## Der neue Flugzeugbau!

Durch W.D. wird bekanntgegeben: Nach der Rote der Vorkonferenz vom 1. Februar 1922 kann nach Ablauf der Frist von drei Monaten, das heißt vom 5. Mai 1922 ab, mit der Wiederaufnahme der Herstellung sowie der Aus- und Einfuhr von Zivil-Luftfahrzeugen gerechnet werden. Alle in Betracht kommenden Firmen werden nochmals eindringlich darauf hingewiesen, daß eine etwaige Aufnahme des Baues usw. von Luftfahrzeugen vor dem 5. Mai 1922 nicht nur gegen das Gesetz vom 9. Juli 1921 verstößt und die darin vorgesehenen Strafen nach sich zieht, sondern daß angesichts der unerbittlichen Tragweite damit zu rechnen ist, daß die durch eine weitere Aufrechterhaltung des Bauverbots entstehenden Schäden gegen den Verursacher geltend gemacht werden können.

**Ein Schachzug Lloyd Georges?** „Daily Telegraph“ meldet, daß Lloyd George an Chamberlain, den Führer der Unionisten (Konserativen), ein Schreiben gerichtet habe, aus dem hervorgeht, daß er sich infolge der ständig wachsenden Opposition mit Rücktrittsgedanken trage. In einem Beiratsbericht bemerkt das Blatt zu dem Schreiben, ein Rücktritt Lloyd Georges müßte ein unionistisches Kabinett zur Folge haben, dem die Aufgabe zuziele, die Neuwahlen durchzuführen. Bei diesen Neuwahlen drohe aber die radikale Linke mit der Arbeiterpartei an der Spitze einen großen Sieg davonzutragen. Dieses Schreckgespenst an die Wand zu malen und auf diese Weise die alte Regierungskoalition noch einmal zusammenzuschweißen, ist wahrscheinlich der Hauptzweck des Manövers.

gendes aus: Unser Kampf gegen die Antialkoholiker wird vorderhand immer ein Abwehrkampf sein. Er darf es aber keinesfalls bleiben. Die Anwendung der notwendigen Kampfmittel hängt von den jeweiligen Tagesfragen ab. Allgemeine Schemata lassen sich hierbei nicht aufstellen. Zur Abwehr und zum Angriff stehen eine Reihe brauchbarer Mittel zur Verfügung.

## Vor allem die große Tagespresse

kann uns gute Dienste leisten: Indirekter Verkehr mit der Presse, Interessierung der Presse für die Probleme aller Fragen, die mit der Brauindustrie irgendwie zusammenhängen, und zwar so, daß ihr der Mantel der Wissenschaft umgehängt wird. Also geschickte Verleumdung. Zur Erreichung dieses Zieles brauchen wir Zeit und Geld. Ein Artikel, der eine Verurteilung eines Arztes, eines Volkswirtschaftlers, eines Juristen oder sonst einer uninteressierten Persönlichkeit geschieht einleuchtet, hat mehr Wirkungskraft, als wenn dies direkt von der Presse aus in unerbittlicher Weise geschieht. Entweder eigene Artikel schreiben oder sonstige

**Im Dienste des Alkoholkapitals stehende Wissenschaftler** für Abfassung von Berichten in unserem Sinne zu gewinnen suchen. Notwendig ist ferner, die absolut individuelle Behandlung von führenden Tageszeitungen. Es muß ein eigenes Presse-Bureau eingerichtet werden, das die gesamten Zeitungen Deutschlands, natürlich in unauffälliger Weise, mit unseren Artikeln versieht. Diese müssen so gefärbt sein, daß nicht einmal die interessierten Kreise merken, daß die Artikel im Interesse der Brauindustrie geschrieben sind.

Daneben ist natürlich die Herausgabe von eigenen Zeitschriften mit populär-wissenschaftlichen Aufsätzen notwendig; diese Zeit- und Fachzeitschriften müssen so abgefaßt sein, daß die Menge sie auch wirklich liest und nicht bloß die interessierten Kreise. Die Zeitungen müssen den diplomatischen Schachzug anwenden und daher unbedingt

## den Standpunkt des Verbrauchers vertreten.

In dieser Beziehung sind die bereits bestehenden Zeitungen „Schuh und Truh“ und „Berliner Abwehr“ zu deutliche Abwehrblätter. Ferner dürfen die Inserate aus Fachkreisen nicht überwiegen, weil es sonst den Anschein eines Fachblattes hat und die breite Masse die Zeitung dann nicht liest.

Die Zeitungsartikel müssen die Devise der Mäßigkeit vertreten. Wir müssen, um uns in dem harten Kampfe gegen die Antialkoholiker behaupten zu können, darauf einstellen, daß wir für den Genuß, nicht aber für das „Saufen“ eintreten. Heute kann nur mehr der Mäßigkeitsstandpunkt sich halten, besonders in der Zeit der Volkshygiene. Im allgemeinen Mäßigkeitsvolk wird der Abwasch von Bier sogar besser und dauernder. Darum wird es von uns klug und taktisch sein, wenn wir schon aus diesem Grunde den Mäßigkeitsaposteln die Finger reichen.

Auch die Wissenschaft ist für unsere Zwecke dienstbar zu machen. Die Abstinentenuntersuchungen sind einseitig; seit sich die Kunst der Wissenschaft mit der Alkoholfrage beschäftigt, ist manche antialkoholgegnerische Behauptung in nichts zerfallen. Solche wissenschaftlichen Untersuchungen kosten für uns viel Geld, wenn sie umfassend und erst angelegt werden. Wir müssen eigene wissenschaftliche Untersuchungsabteilungen unterhalten; wir müssen dies tun, damit wir

## einen Einfluß auf die Ergebnisse ausüben

können. In Zeitungsartikeln, Flugschriften, Broschüren, Postkarten, Kinomusik die gute Wirkung des Alkohols hervorzuheben werden. Insbesondere müssen wir viel mit Statistik arbeiten. Die Kreise der Sportwelt sind insbesondere zu bearbeiten. Wir müssen rathen, Aussprüche von berühmten Sportleuten zu erhalten, daß nach Uebermüdungen der Alkohol eine günstige Wirkung auf die Behebung der Sportfreudigkeit nicht verfehlt. Der Nährwert des Alkohols muß in allgemein verständlichen Worten, insbesondere in den Blättern der Hausfrauen, erläutert werden. Der Alkohol als Heil- und Kräftigungsmittel, seine Nützlichkeit bei Herzkrankheiten usw. müssen insbesondere im Haushalt bekannt werden. Dadurch, daß der Alkohol als Träger von Heilstoffen hingestellt wird, wird er eine ganz gemaltige Zugkraft im Volke haben. Auch die Brauindustrie muß sich an der Bekämpfung der Trunksucht aktiv beteiligen; dann werden die Waffen den Alkoholgegnern aus der Hand geschlagen, ohne daß sie es merken. Auch der Unterriß über Alkoholschäden muß entsprechend in unserem Sinne in Zukunft gefärbt werden. Wir müssen insbesondere

## die Schulbehörden gewinnen.

Nicht nur das gedruckte Wort, auch die Diskussion ist ein unentbehrliches Kampfmittel für uns. Durch sogenannte Umfragen unter Ärzten, Künstlern (Belegung der Phantasie nach Alkohol), Sportleuten haben wir ein weiteres Mittel für unsere Zwecke. Bekanntlich bringt das breite Publikum einem solchen Ergebnis großes Interesse entgegen. Der Wert einer Umfrage hängt jedoch immer davon ab, wie geschickt der Fragebogen ausfällt, damit die Abfassung der Fragen die Antwort schon auf den gewünschten Weg leitet. Die Bildereklame muß künstlerisch gehalten sein, nur dann wird sie jeder gerne ansehen. Vorbildlich sind die großen Selbstfirmen. Weitere Kampfmittel sind kleine Wanderausstellungen, Geschäftsausstellungen, etc. Das letzte Kampfmittel auf nationalem Boden ist die Gründung von Vereinen aus absolut uninteressierten Kreisen, damit das Volk einleuchtet, daß nicht bloß das Kapital der Brauindustrie im Spiele ist.

In Amerika kam das Alkoholverbot nur dadurch zustande, daß man das Volk mit populären antialkoholischen Statistiken überfüllte. Das Alkoholverbot in Amerika wird sehr schwer wieder rückgängig zu machen sein; sorgen wir dafür, daß wir hier im alten Europa nicht in dieselben Fehler verfallen.

Präsident Funke hat in Anbetracht der Wichtigkeit dieses Organisationsprogramms nicht in eine Diskussion einzutreten und die Ausführungen der beiden Redner als streng vertraulich zu betrachten. Der Fachpressenausschuss werde sich im engsten Kreise über die näheren Einzelheiten der Vorschläge zu äußern haben.

# Gewerkschaftsbewegung

## Aus dem Meiereigewerbe.

Schlechte Bezahlung und überlange Arbeitszeit sind Zwillingsschweltern; wo eine zu finden ist, ist die andere. Das gilt ganz besonders für die Meiereien und Käseereien. In diesen für die Volksernährung äußerst wichtigen Betrieben, in denen neben der Herstellung von Butter und Käse und anderen Produkten die molkefreie Bearbeitung der Milch, die Abtötung der Krankheitserreger insbesondere der Tuberkelbazillen, Reinigung, Kühlung usw. vorgenommen wird, herrschen Arbeitsverhältnisse, wie sie wohl nirgends mehr zu finden sind. Die Ursachen sind darin zu suchen, daß etwa 90 Proz. aller Betriebe Kleinbetriebe sind, die weniger als fünf Arbeitnehmer beschäftigen. Dazu kommt, daß der allergrößte Teil auf dem Lande ist. Das Kost- und Logiswesen steht in voller Blüte. Diese Umstände werden von den Arbeitgebern, den Molkeereigenen und Käseereien bzw. Käseereibestitzern nach Kräften dazu benutzt, das Arbeitsverhältnis in ihrem Sinne zu „regeln“. So haben sich hier Zustände herausgebildet, die unhaltbar sind. Bei einem Streik von einigen Stunden, der in der heißen Jahreszeit in einem Bezirk durchgeführt wird, würden Hunderttausende von Litern Milch verderben.

In Friedenszeiten betrug das Gehalt eines Meiereigehilfen bei freier Station 40 M. den Monat. Nach dem besten Löhntarifvertrag, der von den Arbeitgebern gemeinsam mit dem von ihnen geschaffenen Arbeitnehmerverband abgeschlossen ist, wurde ein Monatsgehalt von 150 M. vereinbart, bei einer täglichen Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden; wobei zu berücksichtigen ist, daß auch Sonntags gearbeitet wird und die betreffenden Arbeitnehmer das ganze Jahr hindurch keinen freien Tag haben.

Dieser Lohnsatz wurde vom Reichsarbeitsministerium für allgemein rechtsverbindlich erklärt. Der Lohn ist hier 3-mal so hoch wie in Friedenszeiten. Der Butterpreis dagegen, der in Friedenszeiten 1,20—1,60 M. betrug, steht heute auf über 50 M. pro Pfund, was etwa einer 35-fachen Steigerung entspricht. Dabei ist der Fettgehalt aller dieser Produkte ein viel niedrigerer als in Friedenszeiten. Während z. B. früher in den meisten Meiereien der Wassergehalt der Butter 12—14 Proz. betrug, enthält die Butter heute durch entsprechende „Behandlung“ 15—18 Proz. und sehr oft noch mehr. Das bedeutet, daß die Meierei statt der entsprechenden Menge Butter pro 100 Pfund drei Pfund Wasser liefert, was ihr bei den heutigen Preisen 150 M. extra einbringt. In vielen Betrieben wird 14 bis 16 Stunden täglich gearbeitet.

Die Herren Meierei- und Käseereibesitzer sind aber auch sonst sehr produktiv. Auf der letzten Verbandstagung im August v. J. haben sie, um die stöblichen Verbraucher darüber „aufzuklären“, warum die Preise für Milch und Produkte erhöht werden müssen, beschlossen, auf diplomatischem Wege „geeignete Artikel“ in die sozialistische Presse zu bringen. Es wurde auf dieser Tagung auch berichtet, daß in einzelnen Landesteilen diese Methode bereits mit gutem Erfolg angewandt wird. Das sollte noch, daß diese Arbeitgebergruppe, die zu den borniertesten Deutschlands gehört, die die freigewerkschaftliche Bewegung des Gewerbes mit allen Mitteln bekämpft und eine gelbe Organisation unterhält, sich auch noch die sozialistische Presse dienstbar macht.

Die Unterverbände des gelben Verbandes, der keinen Sitz in Stendal hat, erhalten von den verschiedensten Provinzial-, Landes- und Bezirksstellen, dem Milchhandelsverband Altona usw. laut einer Aufstellung der deutschen „Wirtschaftlichen Zeitung“, insgesamt 2260 Mark an Zuwendungen, die teils aus öffentlichen Mitteln aufgebracht sind. Die in der Aufstellung begriffene Festzelle Schleswig-Holstein schenkte den Geßen 3000 M., wovon sie nach Mitteilung an den Oberpräsidenten nicht einmal etwas weiß. Im gleichen Maße wie die Geßen gehänselt werden, wird die freigewerkschaftliche Organisation, die Sektion der Molkeerei- und Käseereigehilfen des Verbandes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter zurückgelehnt. Trotz großer Arbeitslosigkeit, infolge des Rückganges der Milchproduktion und der Lehrlingslosigkeit, werden Eingaben der Organisation mit profanen Vorwänden zur Abhilfe nicht beachtet.

Die Organisation hat auch darüber Klage zu führen, daß ihr die Erfassung ihrer Berufsangehörigen in städtischen Betrieben von anderen Gewerkschaften erschwert werde, in Berlin z. B. durch das Lohnkartell, während man ihr die schwierige Arbeit auf dem Lande überlasse.

### Schiedsspruch für die Redakteure.

Auch die Redakteure der bürgerlichen Presse können die Gestaltung ihrer Existenzbedingungen nicht mehr dem mehr oder minder guten Willen der Verleger überlassen. Auch sie müssen auf gewerkschaftlichem Wege vorgehen, um in ihrer Lebenshaltung nicht allzusehr bedrängt zu werden. Der Tarifvertrag zwischen dem Verband großstädtischer Zeitungsverleger und dem Reichsverband der Deutschen Presse sah ab 1. Oktober 1921 für Redakteure ein Monatsgehalt von 2100 M. im ersten Verbandsjahre vor, das mit jedem weiteren Berufsahre um 100 M. bis zu 3000 M. im 8. Jahre stieg. Seit Wochen wurden nun — wie die „Freiheit“ berichtet — zwischen den beiden Organisationen über eine Aufbesserung dieser Gehälter verhandelt, jedoch kam für die Redakteure nichts dabei heraus. Die Verleger beriefen sich auf die Notlage des Zeitungsgewerbes, weshalb sie die Gehälter der Redakteure nicht in dem gleichen Verhältnis erhöhen könnten, wie die Löhne des technischen Personals. In den großen Zeitungen werde überdies fast durchweg weit über Tarif gezahlt.

Der Bezirksverband des Reichsverbandes der Deutschen Presse rief den Schlichtungsausschuß zur Fällung eines Schiedsspruchs an. Bei den Verhandlungen am Montag forderten die Vertreter der Redakteure 4200 bis 6700 Mark im Monat, die Vertreter der Verleger wollten dagegen nur 20 Proz. auf die bisherigen Sätze zulegen. In langwierigen Verhandlungen wurde festgestellt, daß für das Rio Zeitungspapier jetzt 8,25 M. und vom 1. April ab voraussichtlich 11 Mark, gegen 20 Pfennig im Frieden gezahlt werden müssen, daß sich also die Ausgaben dafür ebenso wie für

alle anderen Materialien auf das Vierzig- bis Fünfzigfache erhöht haben. Die Gehälter der Redakteure sind demgegenüber nur auf das Siebenfache des Friedensstandes gestiegen. Der unparteiliche Vorsitzende machte einen Vermittlungsvorschlag, der einer Zulage von etwa 37 1/2 Proz. entsprach. Das wurde von den Vertretern der Redakteure abgelehnt. Darauf fällte der Schlichtungsausschuß nach etwa 5 1/2 stündiger Verhandlung einen Schiedsspruch, der eine etwa 40prozentige Verbesserung der Gehälter bringt. Sie sollen danach für Februar und März mit 8000 M. beginnen, mit jedem Berufsahre um 200 M. steigen und in 8 Berufsahren mit 4400 M. die Höchstgrenze erreichen. Für Hilfsredakteure werden

# SPD. Öffentliche Volks-Versammlung

mit der Tagesordnung:  
Reichspolitik / Genua / Streiks  
heute Donnerstag, den 2. März:  
15. Kreis, Niederschöneweide, Oberschöneweide und Johannisthal: 7 Uhr, in Niederschöneweide, Restaurant „Corein“. Referent: Reichstagspräsident Lobe.

Gehälter von 2400 bis 2800 M., für Redaktionsassistenten von 1600 bis 2000 M. festgesetzt. Auch die Honorare für Einzelbeiträge, für Versammlungsberichte, Kritiken und Sonntagsgedichte wurden entsprechend erhöht. Alle diese Gehälter und Honorare gelten nur als Mindestgehälter. Vom 1. April ab werden sie auf neue geregelt.

### Fachkurse des Metallarbeiter-Verbandes.

Mathematik. Der erste Kursus hat bereits am 27. Februar begonnen. Da die Mitglieder starkes Interesse für dieses überaus wichtige Gebiet zeigen, wird ein Parallelkursus eingerichtet. Der Lehrgang gilt als Vorkursus für Maschinenbau, Materialkunde, Konstruktionslehre, Kalkulation, für Gleiserei und Hüftenkunde und für Feinmechanik. Er beginnt mit der allgemeinen Zahlenlehre und soll die Hörer bis zur Kenntnis der Raumlehre, Mechanik und Festigkeitslehre fördern. Unterrichtstag: Montags von 8 bis 10 Uhr im Sophien-Physikum, Weinmeisterstr. 16/17.

Vorkalkulation im Maschinenbau. Insbesondere für Dreher, Fräser, Hobler bestimmt. Der erste Kursus beginnt Freitag, den 10. März, abends 8 Uhr im Sophien-Physikum, Weinmeisterstr. 16/17. Auch hier soll ein Parallelkursus eingerichtet werden. Unterrichtstag: Freitags von 6—8 Uhr.

Gleiserei- und Hüftenkunde. Für diesen Kursus sind noch Hörerarten erhältlich. Unterrichtstag: Montags von 8—10 Uhr im Sophien-Physikum, Weinmeisterstr. 16—17.

Die Fachkurse sind für die Dauer eines halben bis dreiviertel Jahres vorgesehen. Der Hörebeitrag beträgt pro Doppelstunde 3 M. und wird jeweils für 10 Doppelstunden im voraus erhoben. Für arbeitslose Metallarbeiter ist die Teilnahme unentgeltlich. Hörerarten sind erhältlich: im Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Lindenstr. 83/85, und im Bureau der Betriebsrätschule, Engelauer 24/25, 2. Hof, 1. Etage.

Der Beginn der Kurse richtet sich nach der Zahl der Anmeldungen und wird den Hörern jeweils mitgeteilt werden. Bei starkem Andrang ist die Einrichtung weiterer Kurse vorgesehen.

Deutscher Metallarbeiterverband  
Ortsverwaltung Berlin.  
Betriebsrätschule der freigewerkschaftlichen Betriebsrätschulenzentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Im städtischen Lohnstreik hat der Magistrat, wie vorausgesehen war, in seiner gestrigen Sitzung die Anrufung des Reichsarbeitsministeriums als Schiedsstelle beschlossen. Die Arbeiter haben bereits am Montag erklärt, daß sie den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin anrufen. Unseres Erachtens könnte zunächst dessen Spruch abgewartet und dann eventl. das Reichsarbeitsministerium angerufen werden, um nicht unnötig einen Kompetenzstreit hervorzurufen.

SPD.-Betriebsräte der Buchdrucker und Schriftsetzer. Freitag 4 1/2 Uhr im Konferenzzimmer des Bezirksverbandes, Lindenstr. 8, 2. Hof II: Welter wichtige Sitzung. Erscheinen dringender erforderlich. Karte und Luch legitimiert. R. Hermann.

Berliner Gewerkschaftskommission und Ufa-Ortsrat. Die Fortsetzung der gemeinsamen Plenarversammlung ist am Montag, dem 6. März, abends 6 Uhr, in den Residenzfestsaal, Landberger Str. 81. Auf der Tagesordnung steht die Aussprache über die letzten Streiks.

AGB, Brunnenstraße. Freitag, 3 1/2 Uhr, Versammlung aller SPD.-Funktionäre. Stellungnahme zur Betriebsratswahl. Mitgliedsbuch legitimiert.

Deutscher Verkehrsband, Abt. Kraftfahrer. Branchensammlungen: Sechsstunden- und Sechsstundenfahrten. Donnerstag abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1. — Weinstadtfahrten. Donnerstag abends 8 Uhr im Hamburger Hof, Unterbaumstr. 2. — Stadtfahrten. Freitag abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Tagesordnung in allen drei Versammlungen: Geschäftsbericht und Auswahl der Branchensekretäre und der anderen Funktionäre. Vollständiges und vollständiges Geschehen unbedingt notwendig. — Zentralverband der Kraftfahrer. Freitag 7 1/2 Uhr Vollversammlung aller in den Buchdrucker- und Schriftsetzerberufen Beschäftigten. Buchdrucker, Setzer, Buchbinder, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, kaufmännischen Angestellten und Vertikalarbeiterinnen in Buchdruckereien, Beberstr. 17. — Verband der Buchdrucker und Papierarbeiter Deutschlands, Wilmersdorfer- und Götterstr. 17. Freitag abends 7 Uhr bei Bester, Weberstr. 17, gemeinsame Versammlung mit dem Verband der Setzer und Vertikalarbeiter. Berichtserstattung über die Verhandlungen in Frankfurt a. M. Vollständiges Erscheinen ermartet die Branchensekretäre.

Deutscher Transportarbeiterverband. Branche 1. Gruppe. Die 1. Gruppe. Gruppenversammlung am Freitag abends 7 Uhr im Saal von Frazer, Schillerstr. 20, für alle in den Mineralöl- und Getreidehandelsbetrieben beschäftigten gewerkschaftlichen Arbeiter. — Sektion 1. Branche Einlöser und Rechner. Am Freitag abends 8 Uhr findet bei Müller, Stöckerstr. 38, eine Versammlung sämtlicher Rechner und Einlöser aus dem Eisenbahnbereich statt. Tagesordnung: „Stellungnahme zum Inkrafttreten der Arbeitsgesetz für die Eisenbahn- und Müllergewerkschaft.“ Mitgliedbuch mitbringen. — Zentralverband der Kraftfahrer und Helfer. Freitag abends 6 Uhr Neue Harmonie, Köpenicker Str. 97-98, allgemeine Funktionärenversammlung. Stellungnahme zur 16. Industriegruppe. Jeder dienstfreie Kollege muß erscheinen. Die Ortsverwaltung.

# Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.  
Die nächste Sitzung findet Sonnabend, den 4. März, nachmittags 5 Uhr, im Sekretariat, Lindenstr. 3, statt.

- 7. Kreis, Charlottenburg. Donnerstag, den 2. März, 7 1/2 Uhr, Funktionärenversammlung im Schiller-Kongresssaal, Schillerstr. 20.
- 8. Kreis, Kreuzberg. Freitag, den 3. März, 7 1/2 Uhr, erweiterte Kreisversammlung bei Reim, Uckerstr. 23.
- 2. Kreis, Tiergarten. Freitag, den 3. März, 7 Uhr, Kreisversammlung bei Krüger, Prenzlauer Str. 3.
- 14. Kreis, Prenzlauer. Freitag, den 3. März, 7 Uhr, Kreisversammlung im Sekretariat, Jägerstr. 68. Tagesordnung: Wahl der Kreisleiterin. Agitation. Sämtliche Abteilungen müssen vertreten sein.
- 3. Kreis, Wedding. Freitag, den 3. März, 7 Uhr, bei Reim, Poststr. 40, Vorstandssitzung mit den Abteilungsleitungen.
- 1. Stadtbezirk, im gesamten Bezirk für die weiblichen Stadt- und Bezirksratsmitglieder und Bürgerpolitikerinnen Freitag, den 3. März, 7 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksverbandes, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2. Treppen. Vortrag des Genossen Paul Hirsch, Staatsminister a. D. über „Lohn und Rente“.
- 17. Kreis, Lichterfeld. Die in der letzten Kreisversammlung beschlossene Kreisversammlungsplanung findet am Mittwoch, den 22. März, 7 Uhr, in der Wala bei Schöne Weststr. 11 statt. Thema: „Mittlere Jungfrauen und die Jugendbewegung“. Die Delegierten (150) sind zum nächsten Jubiläum zu wählen.
- 103. Abt. Buchholtz. Freitag, den 3. März, 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung der sozialistischen Parteien der Provinz, Berliner Str. 29. Thema: „Der Kampf um die Gewerkschaftsschule“. Ref. Genosse Edwin Marquardt.

### Heute, Donnerstag, den 2. März:

- 11. Abt. 8 Uhr bei Berger, Reichenow. Eine Tagung der Funktionären.
- 16. Abt. 7 Uhr bei Widmann, Reichenburger Str. 1. Sitzung der Funktionäre und Betriebsvereinsleiter. Wahl des Abteilungsleiters.
- Jugendaktivitäten. Gruppe Köpenick. 7 1/2 Uhr bei Fr. Prof. Herrmann, Augustenburger Str. 34, Besenbühl. — Gruppe Weich. 7 1/2 Uhr Jungfrauenaktivitäten und Arbeiterinnen des 14. Kreises im Jugendheim, Chausseestraße 46, Leitung des „Eisenbahn“-Kollektivs. — Gruppe Reuthe. 7 1/2 Uhr Jugendheim Köpenick. 8. Vortragabend. — Gruppe Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr Gemeindefunktionäre. 8. Vortrag über: „Sozialistische und bürgerliche Jugendbewegung“. Ref. Otto Bach. — Gruppe Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr Jugendheim Götterstr. 17, Vortragabend.

### Morgen, Freitag, den 3. März:

- 3. Abt. 7 Uhr wichtige Sitzung der Betriebsleiter, Betriebsvereinsleiter und Ortsleiter im Lokal Krüger, Engelauer 24. Das pünktliche Erscheinen aller Funktionäre ist erforderlich.
- 24. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärenversammlung (Betriebs- und Beamtenspartenvereine und Ortsvereine) müssen auch erscheinen in der Schulstraße 100a. Sämtliches Erscheinen dringend ermahnt.
- 24. Abt. 8 1/2, 9, 9 1/2, 10, 10 1/2, 11, 11 1/2, 12 Uhr bei Bester, Reimstr. 60, Jubiläum. Erscheinen Pflicht. Tagesordnung: 1. „Sozialistische Betrugskämpfe“. Ref. Wenzel. 2. Diskussion. 3. Beschlüsse.
- 17. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre und Betriebsvereinsleiter bei Pfeiffer, Hauptstr. 2.
- Schöneberg. 18. Abt. 7 Uhr Vorstandssitzung bei Kapfke, Oberstr. 26. Um 8 Uhr dort erweiterte Vorstandssitzung, zu der alle Funktionäre und Betriebsvereinsleiter erscheinen müssen. Wichtige Tagesordnung.
- 19. Abt. Pankow. 7 1/2 Uhr Funktionärenversammlung bei Hofmann, Johannistempelstr. 10. Sämtliches Erscheinen notwendig.
- 107. Abt. Alt-Ostende. 7 1/2 Uhr Versammlung bei Ringsberg, Götterstr. 17. Sämtliches Erscheinen notwendig.
- 107. Abt. Alt-Ostende. 7 1/2 Uhr Versammlung bei Ringsberg, Götterstr. 17. Sämtliches Erscheinen notwendig.

### Jugendveranstaltungen.

Genossenschaftliche Jugend Groß-Berlin, Götterstr. 17, 2. Hof, 2. Treppen, Telefon Karligasse 121 06—121 18.

### Mitgliederversammlungen am Donnerstag, den 2. März:

Kreuzberg. Jugendheim Buchholz Gartenhöfchen. — Reuthe. Jugendheim Wilmersdorfer Str. 17. Vortrag: „Rundschau über die Jugendbewegung“. — Niederschöneweide. Jugendheim Gemeindefunktionäre Berlinische Straße. — Köpenick. Jugendheim Gemeindefunktionäre Reichenburger Str. 3-5. — Treptow. Jugendheim Gemeindefunktionäre Reichenburger Str. 3-5. — Schöneberg. Jugendheim Gemeindefunktionäre Reichenburger Str. 10. — Köpenick. Jugendheim Gemeindefunktionäre Reichenburger Str. 10. — Reichenberger Viertel. Jugendheim Gemeindefunktionäre Reichenburger Str. 10.

Eine Konferenz der Abteilungsleiter findet am Sonnabend, den 4. März, im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Treppen, statt. Alle Abteilungsleiter müssen wegen der wichtigen Tagesordnung unbedingt erscheinen. Zutritt haben nur die 1. und 2. Vorsitzenden; Vertretungen werden nicht angenommen.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Franz Rißke, Berlin-Wilmersdorf; für den Druck: Ed. Bloch, Berlin. Verlag: Dietrichs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Schwamm“.

# Nanflavin-Pastillen

(pat. geschützt)

zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhle  
besonders bei

## Grippe, Halsentzündung, Berührung

Erschließlich in den Apotheken u. Drogerien

# HERMANN Metz

LEBENSMITTEL

<p><b>Frische Landeier</b> ..... Stück <b>3<sup>40</sup></b></p> <p><b>Gem. Marmelade</b> zuckergesüßt .... Pfund <b>5<sup>90</sup></b></p> <p>Leberwurst in Dosen, süßgewogen, Pfund <b>9.50</b></p> <p>Rindfleisch, in Dosen, süßgewogen, Pfund <b>15.00</b></p> <p>Corned beef ..... Pfund <b>18.00</b></p> <p>Rotwurst nach Thüring, Art. Pfund <b>22.00</b></p> <p>Zervelatwurst ..... Pfund <b>34.00</b></p> <p><b>Weizenmehl</b> ..... Pfund <b>6<sup>75</sup></b></p> <p><b>Auszugmehl</b> ..... Pfund <b>7<sup>75</sup></b></p>	<p>Leipziger Strasse Alexanderplatz</p> <p><b>Frisches Fleisch</b></p> <p>Kaibrücken ..... Pfund <b>13<sup>00</sup></b></p> <p>Kaibscheulen ..... Pfund <b>15<sup>00</sup></b></p> <p>Suppenfleisch ..... Pfund <b>17<sup>00</sup></b></p> <p>Schmorfleisch mit Knochen ..... Pfund <b>18<sup>00</sup></b></p> <p>Gehacktes ..... Pfund <b>15<sup>00</sup></b></p> <p>Schweinenieren gefroren ..... Pfund <b>8<sup>00</sup></b></p> <p>Rinderherzen gefroren ..... Pfund <b>10<sup>00</sup></b></p>	<p><b>Tafelreis</b> ..... Stück <b>7<sup>20</sup></b></p> <p><b>Gebrannter Roggen</b> ..... Pfund <b>6<sup>00</sup></b></p> <p>Kräuterkäse ..... Stück <b>4.25</b></p> <p>Harzer Käse ..... Pfund <b>14.50</b></p> <p>Fausikäse ..... Pfund <b>15.00</b></p> <p>Margarine ..... Pfund <b>24.00</b></p> <p>Rinderfett ..... Pfund <b>22.50</b></p> <p><b>Backobst</b> ..... Pfund <b>9<sup>50</sup></b></p> <p><b>Kunsthonig</b> ..... 1-Pfund-Paket <b>6<sup>00</sup></b></p> <p>Möhren ..... Pfund <b>1.80</b></p> <p>Role Rüben ..... Pfund <b>1.25</b></p> <p>Kohlrüben ..... Pfund <b>70 Pf.</b></p> <p>Zitronen ..... Stück <b>90 Pf.</b></p> <p>Apfelsinen ..... Stück <b>1.40</b></p>
--	---	--

Freise ohne Flasche + 20% Weinsteuerszuschlag

Weine und Spirituosen

Für leere 1/2 Flaschen 2,00 Mark Vergütung

<p><b>Weinbrand-Verschnitt</b> * 1/2 Champ.-Flasche <b>30<sup>00</sup></b> 3/4 Champ.-Flasche <b>57<sup>50</sup></b></p> <p><b>Weinbrand-Verschnitt</b> * 1/2 Fl. <b>32<sup>50</sup></b> 3/4 Fl. <b>60<sup>00</sup></b></p> <p><b>Deutscher Weinbrand</b> * 1/2 Fl. <b>37<sup>50</sup></b> 3/4 Fl. <b>68<sup>50</sup></b></p>	<p><b>1920 St. Johanner Steinbg.</b> 1917 Dürkheim. Feuerbg. 1920 Merierter Rosenbg.</p> <p>Kleinwein 1/2 Flasche <b>17<sup>50</sup></b> Natur Rotwein 10 Flaschen <b>165<sup>00</sup></b></p> <p><b>Jamaika-Rum-Verschnitt</b> vorzügliche Qualität ..... 1/2 Champagner-Flasche <b>37<sup>50</sup></b> 3/4 Champagner-Flasche <b>68<sup>50</sup></b></p>	<p><b>Rackles Export-Apfeiwine</b> ..... 1/2 Flasche <b>7<sup>50</sup></b></p> <p><b>Rackles Speierling-Apfeiwine</b> ..... 1/2 Flasche <b>8<sup>00</sup></b></p> <p><b>Rackles Borsdorfer Apfeiwine</b> ..... 1/2 Flasche <b>8<sup>50</sup></b></p>
---	--	--

# Die Gefahrenzone der Minderjährigen.

## Gefährliche Zunahme der „heimlichen Prostitution“.

Die durch den Krieg gewaltsam herbeigeführte Auflösung der Familie hatte bereits, hauptsächlich durch das Fehlen der väterlichen Autorität, zahlreiche Schädigungen unserer Jugend zur Folge. Dies hat sich nach Rückkehr der Väter vielfach gebessert, aber die schwere wirtschaftliche Not des ganzen Volkes, die der „großen Zeit“ folgte, verhinderte einen raschen Gesundungsprozess und ließ die im Kriege entstandenen Schäden unter der Decke bürgerlicher Vogelstraußpolitik weiter wuchern. Die Gefahren, die heute in der Großstadt der heranwachsenden Jugend drohen, sind, wie uns ein Besuch auf dem Jugendamt der Stadt Berlin und beim zuständigen Dezernat des Polizeipräsidenten lehrte, geradezu erschreckend, und erstaunlich ist auch heute noch die Indifferenz der Öffentlichkeit gegenüber diesen Gefahren.

### Opfer der Berliner Straße.

In etwa 150 Berliner Lokalen hat sich ein offenes Treiben von Homosexuellen entwickelt, was dadurch möglich war, daß zwar nicht ihre Zahl, aber die der jungen Leute, die sich ihnen zur Verfügung stellen, außerordentlich zugenommen hat. Die Verführung von Knaben zwischen 12 und 14 Jahren durch Homosexuelle hat in den letzten Monaten einen solchen Umfang angenommen, daß seit September vorigen Jahres durch Beschluß des Wohlfahrtsministeriums und des Polizeipräsidenten das Jugendamt mit zur Bekämpfung dieses Zeitübels herangezogen worden ist. Täglich werden 4 bis 5 Jungen von Kriminalstreifen aufgegriffen und im Polizeipräsidium eingeliefert. Man ist bemüht, die Knaben nicht zum Geständnis zu bringen, da sonst ihre Bestrafung gemäß § 175, eventuell mit Gefängnis erfolgen müßte. Es ist übrigens ganz unverständlich, daß man bei den verführten jungen Leuten die ganze Schwere des Gesetzes anwendet, sie sind sich kaum der Größe ihrer Verfehlung so bewußt, wie ein Mädchen im gleichen Alter, bei dem im selben Falle nur der Verführer bestraft wird. Der Gesetzesparagraf fügt zu den schweren physischen und seelischen Schäden, die solche jungen Menschen erleiden, noch den Mangel der Bestrafung.

### Bürgerfurcht vor dem „Skandal“.

Typisch ist übrigens, daß es sich bei den meisten der vorliegenden Fälle um Knaben aus sogenannten guten bürgerlichen Kreisen handelt. Ansprüche und Erfüllung halten hier nicht gleichen Schritt. Die Jungens wollen Bälle besuchen, Reisen machen, Sport treiben, Geld zur Verfügung haben, das alles ist ihnen vom Elternhaus versagt, der homosexuelle Freund dagegen erfüllt ihnen jeden Wunsch. Die Summen, die solche Leute anwenden, verführen nicht nur Kinder, sondern auch vielfach sogar Schüler der Prima und Studenten. Ganz merkwürdige Erfahrungen machen die Beamten, die es unternehmen, die Eltern darüber aufzuklären, in was für gefährliches Treiben ihr Sohn verwickelt ist. Zunächst stoßen sie immer auf Unglauben. Keine Familie will es wahr haben, daß aus ihrem wohlbehüteten Schöße ein Sprößling auf Umwegen geraten konnte. Nur traffen Beweise genügt oft die Ueberzeugung, und selbst dann ist man noch wenig dankbar für die Aufklärung. Die Furcht vor dem „Skandal“ ist immer noch ein Merkmal des guten Bürgers.

### Bedrohte weibliche Jugend.

Sehr übel liegen auch die Dinge bei den jungen Mädchen des Berliner Westens. Der Jeannin-Prozess hat ein grelles Licht auf das Tun und Treiben der höheren Töchter vom Kurfürstendamms geworfen. Den Eltern, die auch hier ganz ahnungslos sind, ist meist der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie die jungen Dinger zu selbstständig handeln lassen und vor allen Dingen dem Freundeskreis ihrer Töchter zu wenig Beachtung schenken. Meist werden die jungen Damen durch irgendeine Freundin in alle verbotenen Genüsse eingeweiht; dem Mann, der sich ihnen nähert, eine leichte Beute. Sie wissen übrigens gewöhnlich sehr gut mit dem Straßengeheiß, im Gegensatz zu den verführten Knaben, die ahnungslos darüber sind, daß sie gegen das Gesetz verstoßen. Den Mädchen ist bekannt, daß der Verkehr mit solchen unter 14 Jahren mit Zuchthaus bestraft wird, wenn sie dagegen unter 16 Jahre sind, kann der Verführer nur mit Gefängnis bestraft werden. So bezeichnen sich nun die hoffnungslosen Verzehnjährigen selbst als „aus dem großen Staatsanwalt“, die Sechzehnjährigen als „aus dem kleinen Staatsanwalt“ heraus! Fachleute nennen diese Zustände treffend „heimliche Prostitution“. Die Mädchen treibt nicht Not, sondern fast immer

nur Geldgier oder Genußsucht dem Mann entgegen. Leider ist die Zahl der

### Minderjährigen unter den wirklichen Prostituierten

ebenfalls erschreckend groß. Man rechnet, daß von 80 000 Frauen etwa die Hälfte im jugendlichen Alter ist. Vielfach sind dies gerade junge Mädchen, die, vom Lande kommend, wähnen, daß hier mit Beidseitigkeit Riesengummis zu gewinnen wären. In kurzer Zeit endet dann ihre Existenz auf der Straße. In all solchen Fällen, falls sie dem Jugendamt bekannt werden, sucht man Hilfe zu schaffen, indem man die jungen Mädchen sofort in ihre Heimat zurückführt.

Eine durchgreifende und wirkungsvolle Abwehr der traurigen Zustände ist wohl erst möglich, wenn die drückende Last der wirtschaftlichen Not sich etwas bessert. Jetzt kann man nur durch schonungslose Offenheit bei Eltern und Kindern, durch Vorträge, Borträge, nicht aber durch schamvolles Verschweigen oder etwa durch Bestrafung eine Wandlung erstreben. Als bestes Mittel zur Verhütung sowohl wie zur Heilung all dieser großen Schäden empfehlen die maßgebenden Kenner der jugendlichen Psyche die ausgiebigste Ausübung jeder Art von Sport. Arbeit in freier Natur verdrängt schmelze Wünsche, macht müde und vor allen Dingen füllt die Zeit. Es wäre sehr zu wünschen, daß möglichst bald an allen Schulen obligatorische Sportstunden eingeführt werden.

### Appetit auf die Straßenbahn.

Der frühere Generaldirektor der ehemaligen „Großen Berliner“, Dr. Bussow, hat ein Gutachten über die Sanierung der Berliner Straßenbahn abgegeben, von dem der publizistische Vertreter aller auf Auslieferung der Gemeindefetriebe an das Privatkapital gerichteten Bestrebungen im „Berliner Tageblatt“ in hohem Maße entzückt ist. Das wäre der rechte Mann!

Wenn Dr. Bussow die Mängel schildert, läge es nahe, den Dingen auf den Grund zu gehen, zu zeigen, in wieweit über dem Zustand der Stadt Berlin die Straßenbahn von der „Großen“ übernehmen mußte. Das vermeidet der Sachkundige, indem er eine Trennungslinie zieht, von den alten billigen Tarifen in einer Zeit rascher Geldentwertung spricht und von einem mangelhaften, durch die Kriegswirkungen bedingten Zustand der Anlagen und Betriebsmittel. Die heutige Verwaltungsmethode sei nicht erträglich. Der Gutachter fordert die „Entpolitisierung“ der Straßenbahn, den Fortfall der Lohnzuschläge für Spä- und Sonntagsarbeit, die Urlaubsberechnungen und die Berechnung der Arbeitszeit. Mit 650 Millionen Mark für Erneuerung der Straßenbahn und 180 Millionen Betriebskapital, zusammen 830 Millionen Mark, will er die Straßenbahn wieder statt machen. Da aber dieses Geld nur zu beschaffen sei, wenn die fahrenden Kreise des Kapitalmarktes die Gewähr für eine ausreichende Sicherung und angemessene Verzinsung des Kapitals haben wollten, müßte als Anreiz zur Geldhergabe das Unternehmen in eine selbstständige Aktiengesellschaft zurückverwandelt werden. Es sei auch dann noch zweifelhaft, ob durch die vorgesehene „Reform“ eine Rentabilität zu erzielen sei, doch darauf legen die früheren langjährigen Ragnier der „Großen Berliner“ wohl weniger Gewicht zunächst.

Die Hauptsache, daß sie die Straßenbahn erst wieder in die Hände bekommen. Die Geldbeschaffung sei natürlich schwer und das Verhalten der städtischen Arbeiter mache die Sache nicht leichter. Nur ein Trost bleibe, daß eine Steigerung des Zweimarktarifs, der heute schon nicht mehr haltbar erscheine, sehr wohl möglich sei. Jetzt also, nachdem die Stadt unter großen Opfern eine gewisse Ordnung in den total verfallenen Zustand der Straßenbahn hineingebracht hat, soll sie dem Privatkapital das Unternehmen wieder ausliefern.

### Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit:

Der Verwaltungsrat der Straßenbahn beschäftigte sich gestern nachmittags in seiner Sitzung mit den nach dem Streik durchgeführten Verkehrsverstellungen und Verkehrsverbesserungen und stimmte sämtlichen Maßnahmen der Direktion zu. Ferner wurde angeordnet, daß die unbedingten Notwendigkeiten, neue

Kapital aufzunehmen, im Anschluß an die Beratung des Haushaltsplanes für 1922 die Frage der Umwandlung der Straßenbahn in eine städtische Aktiengesellschaft näher erörtert. Ein bestimmter Beschluß in dieser Richtung wurde noch nicht gefaßt. Die dauernd starke Steigerung der Materialpreise und der Löhne stellt die Straßenbahn ebenso wie die übrigen Verkehrsunternehmen vor die Frage, den Tarif von neuem, und zwar voraussichtlich auf drei Mark zu erhöhen.

### Der Berliner Haushalt für 1922.

Auch im dritten Rechnungsjahre der Stadtgemeinde Berlin wird sich die Hoffnung des Stadtkämmerers, den Haushaltsplan rechtzeitig zum 1. April unter Dach und Fach zu bringen, nicht erfüllen. Der erste Etat des neuen Groß-Berlin kam überhaupt nicht zustande; er war lediglich eine Zusammenstellung der Einzelhaushaltspläne der Gemeinden, und im vorigen Jahr wurden die Entwürfe erst im April und Mai fertiggestellt. In der Stadtverordnetenversammlung sie erst nach ziemlich überhasteten und summarischen Ausschüßberatungen im Juni verabschiedete. „Das nächste Mal soll's rascher und besser gehen“ verließ damals auf die Vorkontrollen der Stadtverordneten aller Richtungen die Finanzverwaltung der Einheitsgemeinde. Aber die Verhältnisse, und namentlich die Verhältnisse in dem unübersichtlichen, weitgeschichteten Riesenbau der neuen Stadtgemeinde sind stärker als die besten Absichten und löblichsten Vorläufe. Die Vorbereitungen sangen bei den Bezirksämtern an, bei diesen aber sind sie sehr verschieden weit gediehen. Fast allwöchentlich muß der Magistrat einige Bezirke um Einbringung der Voranschläge mahnen. Nach der letzten Bekanntmachung des Magistrats waren die Borentwürfe der Bezirke erst zu etwa drei Vierteln bei der zentralen Finanzverwaltung eingegangen. Mit dem größten Teil der Entwürfe war der Bezirk Westensee im Rückstand; völlig fehlten noch die Entwürfe eines Altberliner Bezirksamts, des Bezirks Kreuzberg. In den zentralen Verwaltungsgremien sind gegenwärtig die Haushaltspläne gleichfalls auf dem Wege der Beratung. Der Magistrat will Ende dieser Woche mit der Aufstellung des Etats beginnen. Die Stadtverordneten werden kaum vor Mitte oder Ende April die letzte Hand an den Milliardenhaushalt Berlin anlegen können.

### „Klosettferien“.

Früher kannte man in den Schulen nur die vorgeschriebenen Ferien, die der Ferienplan im voraus für das ganze Jahr festgelegt hatte. Der Krieg brachte, mehr in den Großstädten als in den Kleinstädten, die der Schulkinder willkommenen Zugabe der Klosettferien, zu denen der Brennstoffmangel nötigte. Berlin hat jetzt noch eine neue Art Ferien eingeführt, die man mit einem vielleicht nicht ganz salonsfähigen, aber treffenden Wort als „Klosettferien“ bezeichnen kann. Aus dem Schulhaus Wilhelmstr. 117 wird uns bekannt, daß die Kinder der dort untergebrachten 27 Mädchenkurse seit anderthalb Wochen täglich nur zwei Stunden Unterricht haben, weil die vom Frost zerstörte Klosett-einrichtung noch nicht vollständig wiederhergestellt werden konnte. Wir hören, daß ähnliche Zustände auch in einigen anderen Schulen bestehen sollen, so daß man auch dort zu dem Ausweg der „Klosettferien“ habe schreiten müssen. Die Abhängigkeit des Unterrichtsbetriebes von der Möglichkeit, die Klosetts zu benutzen, ist ja wohl ohne weiteres klar. In einer Großstadt geht es nicht, die Kinder vier bis fünf Stunden hintereinander in der Schule festzuhalten, wenn sie hier nicht in der nun mal als schließlich geltenden Form ihre Bedürfnisse erledigen können. Unseres Erachtens hätte in erster Linie der Rektor darauf hinwirken müssen, daß der die Arbeit der Schule störende Uebelstand schnellstmöglich beseitigt wurde.

### Zweieinhalb Millionen Mark Geldstrafe.

#### Ein Perlenkugelmuggel mit Hindernissen.

Die Geschichte zweier kostbarer Perlenketten kam vor die 11. Strafkammer des Landgerichts I und veranlaßte eingehende rechtliche Auseinandersetzungen. Wegen Vergehens gegen § 2 der Einshuhrverordnung vom 6. Januar 1917 waren die Kaufleute David Rummel und Viktor Rahn, beide Juwelenhändler aus Riga, angeklagt.

Im März v. J. wurde in Berlin einem Münchener Juwelier eine sehr wertvolle Perlenkette gestohlen. Auf Grund der vom Kriminalkommissar Gennat angefertigten Nachforschungen wurde bei einem Juwelier eine außerordentlich wertvolle, aus 51 Perlen bestehende Kette beschlagnahmt, weil man vermutete, daß sie mit der gestohlenen Kette identisch sei. Die weiteren Ermittlungen ergaben aber, daß dies nicht der Fall war. Es stellte sich

niemand aufs Gesicht sah, da lief das wenige Blut mit einemmal vollends aus ihren Adern.

Dann stand der Vater auf und ging ins Haus, um dem Reffen ein paar Bücher in den Ranzen zu packen. Die andern sahen noch, fröhlich, bis plötzlich ein Zweig vom Kirschbaum fiel.

Schnell sprang die Mutter hin, um ihn an sich zu nehmen, aber Heint war so schnell wie sie, und beide buckten sich zu gleicher Zeit. Die alte Frau sagte den Zweig mit den halb-reifen Früchten und lief über den Weg davon, Heint machte nur ein paar lange Schritte durch die morgengraue Wiese und stand vor ihr. Sie wollte mit ihm ringen wie ein Junge. Ihre Augen und ihre Baden leuchteten. Sie war ganz voll Eifer, verdeckte den Zweig an ihrer Brust und treuzte die Arme darüber, drehte ihm den Rücken und beugte sich zur Erde. Aber Heint war stärker, er hielt ihre beiden Arme mit seiner einen Hand und nahm ihr mit seiner andern den Zweig weg.

„Du“, sagte sie und eilte ihm mit ihren kürzeren Beinen nach, „wir wollen die da eine halbe Stunde allein lassen. So zwei Verliebte haben allerlei Zeug zu reden, was andere nicht hören dürfen.“

So schritten sie Arm in Arm durch den Garten, zum Rhein hinab. Um sie her lag der frühe Sommer gebreitet. Sie standen hier und standen da. Sie suchten den Vogel, der tief in den Zweigen pfiff, und bogen einen Ast beiseite und sahen voll Staunen in die Fülle des reif werdenden Obstes. Sie näherten sich den Knospen und Blumen, an denen der Tau glitzerte, und zogen den morgentönen Duft in sich.

Die alte Frau fühlte Jugendlust in ihren Gliedern. Sie sang ein Lied, wie es die Burschen abends auf der Mauer am Wasser sangen, und griff mit der Hand, um einen Sonnenstrahl zu fangen. Dann standen sie an der hochgeschichteten Basaltmauer, die steil in den Rhein fiel, und suchten mit den Augen nach den Spuren, die das hohe Wasser gelassen hatte.

Sie sahen auf die goldene Flut hinaus. Am anderen Ufer blühte die Sonne aus einem Turmfenster, daß sie die Augen zumachen mußten. Und hoch über ihnen strahlte der blaue Himmel, an dem sich weiße, leuchtende Wolkengebirge übereinander schoben. Klein wie ein Punkt stand ein einsamer Vogel daran, und dicht über ihren Köpfen kreisten flatternd Gretes Tauben, deren weiße Leiber hin und wieder in der Sonne aufblitzten.

(Fortsetzung folgt.)

# Die Sünde im Wasser.

Von Wilhelm Schmidbom.

Dann horchten sie beide: über ihnen ging das Fenster auf. Sie legten sich ganz an die Wand zurück, um nicht gesehen zu werden. Sie hörten Gretes Atemzug, der tief und lang die Sonnenherrlichkeit in sich zu trinken schien. Sie hörten, wie das duftende Blumenglas ins Zimmer genommen wurde.

Und jetzt kam die Mutter aus dem Haus, mit Lachen und Singen. Sie war klein und zart und glück von weitem einem Mädchen von sechzehn Jahren, aber das Haar, das hoch und dicht ihr frohes, leuchtendes, gesundes Gesicht einfaßte, war silberweiß. Sie brachte den Morgentrunke, der aus der großen Zinkanne dampfte, und war ausgelassen wie ein Mädchen, das nach kurze Röcke trägt. Ihre Augen lachten, ihre Rippen bildeten kleine und runde, lebendige Hügel unter dem Kleid, und die Burschen in den Straßen sahen gern danach.

Sie setzte geschwind das schwere Brett auf den Tisch und doch so geschickt, daß kein Teller an den andern klirrte.

„Mutter, was macht sie?“ fragte der junge Gelehrte und stand auf.

„Ei, Herr Bräutigam, frag sie selber.“ Sie sah ihn an, wie er es leise und mit zitternder Stimme fragte, und gerührt zog sie ihn zu sich, schloß ihn in ihre Arme und flüsterte ihm ins Ohr: „Beh sie dir holen, sie ist aufgestanden heute und will mit uns hier draußen sitzen.“

Mit einem Blickausleuchten über das ganze Gesicht machte er sich los und wollte ins Haus, aber nach zwei Schritten blieb er stehen.

Der alte Bürgermeister kam aus der Tür. Er war klein und schmal wie seine Frau, aber sein Kopf war groß, und seine Augen standen dick und breit unter kräftigen Brauen hervor. Sie strahlten wie Edelsteine in der Sonne und machten jeden verstummen und den Hut ziehen, der hineinfiel.

Als Georg ihm die Hand gab, sah er plötzlich Grete hinter ihm stehen. Grete war krank gewesen und lag zu Bett seit dem Tage, wo sie vom Baum gereitet worden war. Jetzt stand sie da und hielt die Hand an die Augen, um sie vor der Sonne zu schützen. Ihr Kleid war über den Hüften von einem Uebergürtel gehalten, und in dem Gürtel steckte ein Zweig junger Heckenrosen. Stumm stand sie da, ohne daß ein

Freundeschein über ihr verblaßtes Gesicht flog — wie das grüne Tal in den Bergen, in das die wärmende Sonne nicht hinabkommen und in dem die Vögel nicht singen.

Georg stand mit weiten Augen wie vor einer Heiligen. Die Mutter sagte sie um den Leib und zog sie sanft zu der Bank hin, auf die sie ein Kissen gelegt hatte. Die Fröhlichkeit der Mutter war eine stille geworden, seit die Tochter da war.

„Guten Morgen, meine Grete“, sagte Georg, hielt ihr seine Hand hin und sah in drängender Liebe zu ihr auf. Sie nahm seine Hand und wollte auch ihn ansehen, aber vor seinen großen, guten, ehrlichen Augen schlug sie die ihren sonderbar plötzlich nieder. Heint kam hinzu und gab ihr einfach die Hand. Ihm sah sie für einen Augenblick in das offene, fröhliche Gesicht.

Alle setzten sich, und ein unausgesprochenes Glücksaugen sah mit in der Reihe. Sie sprachen von allem, über das Obst, über den Krieg, über die Ereignisse im Städtchen. Alle waren bemüht, Grete fröhlich zu machen. Sie nahm das Tuch von ihren Schultern und rückte auf ihrem Platz, bis sie in der vollen Sonne lag. Sie badete sich tiefatmend in der goldenen Flut, aber mitten in dem schönen Morgen lachte ihr Mund nicht und blieben ihre Augen still.

Die Sonne kam höher herauf.

Der Vater sah nicht. Er zog an seiner Pfeife und wendete jedesmal den Kopf, um den Dampf zur Seite zu blasen. Er sprach nicht viel, hing seinen Gedanken nach mit weiten Augen und sah hin und wieder verstohlen nach Grete hin.

Die Mutter lachte und erzählte für alle. Ihre lustigen, braunen Augen, die tief lagen wie die Augen der Tochter, standen nicht still. Oft mußte sie mit der Hand das weiße Haar zurückstreifen, das die schnellen Bewegungen, die der Kopf machte, immer wieder über die Stirn hereinwarfen. Aber sie sorgte für alle, goß dem die Tasse voll und hielt dem das Brot hin. Nur zu Tochter war sie still und weich wie eine Krankenschwester. Sie wehrte ihr die Müden ab, schnitt ihr das Brot klein, legte ihr das Kissen am Rücken immer wieder zurecht.

Georg sah da und sprach kein Wort. Man sah ihm seine Ueberglückseligkeit an, seine Hand lag auf der Hand der Verlobten und zitterte da leise.

Heint sprach vom Gehen. Aber die Tante bereite ihm ein neues Brot, und er ah es nicht schnell. Grete, als sie vom Gehen hörte, hielt den Vössel still, der an die Tasse geklirrt hatte. Sie lächelte ein wenig, doch als sie sicher war, daß ihr

# Streiknachklänge in den Bezirken.

dagegen heraus, daß diese Kette dem Angeklagten David Kummel gehörte, der sie zugleich mit 8 großen Diamanten in einem Jagelkoffer von Riga nach Deutschland über die Grenze gebracht hatte. Der Angeklagte Kahn war gleichzeitig mit Kummel von Riga hierher gekommen und hatte eine aus 199 Perlen bestehende Kette über die Grenze gebracht. Beide Angeklagte wurden aus dem Gesichtspunkte der verdachtswidrigen Einfuhr unter Anklage gestellt, wurden aber vom Schöffengericht Berlin-Mitte freigesprochen, weil nach einer ergänzenden Verurteilung vom 5. April 1921 die Einfuhr nur dann verboten ist, wenn sie zum Zwecke des Verkaufs der Waren erfolgt. Das Schöffengericht hat die Behauptung der Angeklagten, daß sie die Ketten nur zum Zwecke der Lagerung hierher gebracht haben, nicht für widerlegt erachtet. Gegen das Schöffengerichtsurteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. In der gestrigen vierstündigen Verhandlung handelte es sich in der Hauptsache um die Klärung der sehr schwierigen rechtlichen Verhältnisse. Der Gerichtshof kam zu einer Verurteilung der Angeklagten, da es den Tatbestand des § 2 der Verordnung für erfüllt ansah, die Verkaufsbefreiung für vorliegend erachtet und die Anwendbarkeit der lex Schiffer verneint. Kummel wurde zu 1 Woche Gefängnis und 1200000 Mark Geldstrafe, Kahn zu 3 Tagen Gefängnis und 1320000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die wertvollen Ketten sind dem Reichsfiskus für verfallen erklärt.

## Brandenburger Provinziallandtag.

Die zweite Sitzung des Brandenburger Provinziallandtages wurde gestern nachmittags um 8 Uhr vom Präsidenten, Genossen Hähnchen, eröffnet. Die Tagesordnung setzte sich durchweg aus kleineren wirtschaftlichen Vorlagen zusammen, die mit insgesamt 171 Millionen Mark durch Anleihe zu decken sind. Sie betreffen vorzugsweise die Regulierung von Flußläufen, notwendige Brückenbauten und die Erweiterung des Märktischen Elektrizitätswerkes. Nur bei einzelnen Vorlagen kam es zu einer kurzen Diskussion. Die Vorlagen wurden sonst einstimmig angenommen. Die Sitzung schloß um 5 1/2 Uhr.

Zum Bericht der ersten Sitzung vom Montag ist zu bemerken, daß die „Stärkefraktion“ der Bürgerlichen, die den Präsidenten wünschte, nur eine Arbeitsgemeinschaft der Bürgerlichen darstellt, während die SPD-Fraktion mit 29 Mitgliedern die stärkste Fraktion darstellt und auch den Präsidenten stellte.

## Verfahren eines Defraudanten.

### Die Unterschlagung bei der Polizeihauptkasse.

Der verhaftete Wachmeister Ziebler wurde gestern auf dem Berliner Polizeipräsidium eingehend vernommen. — Ziebler ist in weitem Umfange gefählig und schädert auch im einzelnen seine Erfolge. Weil er bei Valutageschäften größere Beträge verloren hatte, unterschlug er, zunächst um den Verlust zu decken, bei der Polizeihauptkasse, bei der er als Hilfsarbeiter beschäftigt war, 50 000 M. Da er diese nicht wieder zurückerstaten konnte, die Unterschlagung aber vor der Entdeckung stand, so wollte er, wie er sagt, wegen dieser geringen Summe nicht ins Gefängnis wandern. Er beschloß, noch einen größeren Betrag zu unterschlagen und damit zu fliehen. Mammäßig bereitete er alles vor, hob dann 800 000 M. ab und ergriff, wie berichtet, mit Fehner die Flucht. Für Ausweispapiere, die auf den Namen Jasmund lauteten, zahlte er zunächst 2000 M. Sein Vorhaben, mit Fehner von der Schlesienschen Baude aus nach der Tschechoslowakei zu wandern, konnte er wegen Schneeverwehungen nicht ausführen. Beide kamen dann, wie schon berichtet, zu Verwandten nach Grünberg, wo Fehner mit seiner Schwester nach Berlin fuhr, während Ziebler, wie er angibt, ohne Ziel zurückblieb. Er fuhr zunächst nach Slogau, wohnte dort im Hotel, blieb dort aber nur einige Tage, weil er sich nicht sicher fühlte und ging zu Fuß nach dem auf der Strecke Sagan liegenden Ort Herendark, wo er in einem Gasthof abstieg. Dort hielt er sich etwa 14 Tage auf, gab sich für einen Kartoffelkäufer aus und spielte abends mit den Bauern und dem Gendarmerteilwachtmeister Karten. Von dort reiste er nach Remscheid und Barmen und machte hier die Bekanntschaft eines Mannes, der ihm Papiere zum Uberschreiten der Grenze verschaffen wollte. Dieser Mann betrat ihn aus und ließ sich unter allerhand Vorspiegelungen immer wieder einige tausend Mark geben. Endlich fuhr er nach Leipzig, wo seine Verhaftung erfolgte.

## Das übervorteilte Reichsbekleidungsamt.

Im Reichsbekleidungsamt Berlin, in der Lehrter Straße, findet gegenwärtig eine Nachprüfung der Verträge statt, die zwischen dem Reichsbekleidungsamt und einer Anzahl Groß-Berliner Innungen über die Herstellung der Uniformen für die Reichswehr und die Reichsmarine abgeschlossen worden sind. Während bekanntlich die übrigen Reichsbekleidungsämter verpachtet worden sind, sollen die Betriebe in Berlin und Stettin zur Deckung des Heeresbedarfes vorläufig weiter bestehen bleiben. Ende vorigen Jahres hatte nun das Reichsbekleidungsamt, da für die Reichswehr und Marine erhebliche Neuanschaffungen nötig waren, die Lieferungen durch Hofe vergeben. Durch einen Zufall stellte sich nun heraus, daß die vom Reichsbekleidungsamt gezahlten Tarife wesentlich zu hoch sind, und daß das Reich, da seit dem Oktober vorigen Jahres etwa 40 000 Paar Hosen geliefert worden sind, erhebliche Summen zuviel gezahlt hat. In einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht, in der eine Arbeiterin gegen einen Schneidermeister, der für das Reichsbekleidungsamt lieferte, sagte, stellte es sich heraus, daß die Herstellungsstellen für eine Hofe insgesamt 46,30 M. betragen, während die Reichsstelle fast das Doppelte der Herstellungsstellen zahlt, obwohl ihr Vertragskontrakt einen Aufschlag von nur 5 Prozent zu nehmen berechtigt ist. Das Reichsbekleidungsamt will nun den Vertrag annullieren und die anderen Abmachungen schleunigst nachprüfen.

Eine erfolgreiche Razzia veranfaßten gestern Beamte des Jugenddienstes des Berliner Polizeipräsidiums im Norden Berlins. In der Nähe des Ahls für Obdachlose in der Fröbelstraße haben sich wiederholt Missetäter unliebsam bemerkbar gemacht. Daber drangen gestern Kriminalbeamte überraschend in die Räume der Gastwirtschaft von Sonnemann in der Danziger Straße ein, und verhafteten von den Anwesenden 55 Personen, 16, bei denen die Feststellung der Personalien ergab, daß sie strafrechtlich verurteilt wurden. Kurze Zeit nach der ersten Durchsuchung fand eine zweite statt, bei der in dem gleichen Lokal weitere neun Personen zur Feststellung ihrer Personalien den Weg zur nächsten Polizeiwache antreten mußten.

**Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin.** Heute abend 7 Uhr: Zweiter Abend der Arbeitsgemeinschaft von Dr. Joll: Anstrumental, 1111 im Zimmer des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 4 Treppen, Zimmer 12. Die Mitglieder der Bildungsausschüsse werden gebeten, vollständig teilzunehmen. — Sonntag, den 5. März, nachmittags 3 Uhr im Neuen Volkstheater, Köpenicker Straße 68, „Der zerbrochene Krug“ von Kleist und „Die Geister“ von Molière. Karten 0,30 M., einschließlich Kleiderabgabe und Abtastgeld im Bureau des Bezirksbildungsausschusses und bei den Bildungsausschüssen der städtischen Tiergärten, Friedrichshagen, Schöneberg, Neukölln und Lichtenberg. — Sonntag, den 12. März, letztes Festkonzert. Die Karten sind einzulösen.

**Deutsche Friedensgesellschaft.** Ortsgruppe Berlin. Freitag 7 Uhr im Bürgeraal des Rathauses, Königstraße. Generalversammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich.

**Weiter bis Freitag mittag.** Müd, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit wiederholten, besonders im Norden ergiebigen Niederschlägen bei frischen Winden aus südlicher Richtung.

In den letzten Bezirksoberparlamenten stand fast ausnahmslos der Streik der Gemeindearbeiter im Mittelpunkt der Verhandlungen und des Interesses. Dabei ergab es sich denn als bald wieder, daß, je bürgerlicher die Zusammensetzung der Versammlung ist, desto weniger Verständnis für die Bedeutung dieser Arbeiterangelegenheit vorhanden ist. Gar zu eifrig hat mancher kleine Bezirksgernegetroß die Selbsteigentum wahrzunehmen, um den Versuch zu machen, seine Nachgelüste an den Arbeitern auszutoben. Dem haben unsere Genossen überall einen Riegel vorgeschoben. Mit welchen Heiden und Selbstesgrößen die Bürgerlichen antraten, beweist der Fall des deutschnationalen Stadtrats Bornen im Bezirk XI Schöneberg. Dieser deutschnationale Herr — beachtet und behaltet es wohl, Kleinfiedler und Laubengärtner! — schlug eine Erhöhung der Pachten für die Kleingärten vor, weil er die Laubentoniellen als Sporttreibende ansieht, von denen man höhere Pachten verlangen kann, weil auch der Sport auf den Rennbahnen teuer geworden sei. So also sieht in Wahrheit die oft genug sentimental vorgetragene Vorliebe der Deutschnationalen für die Siedlung aus. Dem Herrn wurde denn auch vom Genossen Czerninski nicht schlecht gebient. Im übrigen kamen in der Hauptsache Schul- und Sozialangelegenheiten zur Berabstimmung.

## Wahlen und Einführungen.

Im Bezirk 16 (Köpenick) erhielt in der Wahl des Bezirksbürgermeisters von 33 abgegebenen Stimmen der frühere Bürgermeister von Friedenau Walger (bürgerlich) 22 Stimmen, Stadtrat Ehrlich (SPD.) 6 und Stadtrat Stoll (Komm.) 5 Stimmen. Walger ist somit gewählt. In der der Wahl vorausgehenden Debatte hielten unsere Genossen Franz Krüger und Meier scharfe Abrechnung mit den völlig unzuverlässigen Vertretern der USP. und SPD., die es zu verantworten haben, daß der 16. Bezirk einen bürgerlichen Bürgermeister bekommen hat. — Es wurden eingeführt im Bezirk 7 (Charlottenburg) die unbesoldeten Stadträte Alfred Wilt (SPD.), Paul Wilt (USP.) und von den bürgerlichen Parteien Groß, Marzahn und Panschow, im Bezirk 9 (Wilmersdorf) die Genossen Kramm (SPD.) und Paar (USP.), im Bezirk 14 (Neukölln) die unbesoldeten Stadträte Groger (SPD.) und Reinhardt (USP.), im 20. Bezirk (Reinickendorf) die unbesoldeten Stadträte Schwabental (SPD.), Schaefer (USP.), Klempin (D. Sp.) und Raupp (Dnat.).

## Debatten über den Gemeindearbeiterstreik.

Im Bezirk 7 (Charlottenburg) wurde nach einer lebhaften Debatte über den Streik der Gemeindearbeiter eine Entschliessung angenommen, in der das Bezirksamt ersucht wird, von einer Fragestellung der städtischen Arbeiter abzusehen und etwa bereits gemahregelte Personen wieder einzustellen. Im Bezirk 9 (Wilmersdorf) hatten die SPD.-Mitglieder eine Anfrage eingebracht, ob es dem Magistrat bekannt sei, daß gerade im Bezirk Wilmersdorf bei Wiedereinstellung der Streikenden entgegen den Anordnungen des Magistrats Berlin mit besonderer Härte vorgegangen ist. Große Erregung hatte eine Äußerung des bürgerlichen Stadtrats Franke hervorgerufen, daß bei der Entscheidung über die Wiedereinstellung auf die Befehle der Besetzung des Betreffenden in Betracht komme. Als besondere Härte wird es auch empfunden, daß 23 Frauen der Bedürfnisanstalten, die sich dem Streik angeschlossen hatten, nicht mehr eingestellt werden. Die bürgerliche Mehrheit der Versammlung hatte Angst vor der Verantwortung und nahm unseren Genossen durch vorzeitigen Debattenschluß die Möglichkeit, ihnen gründlich die Wahrheit zu sagen.

Eine nette Blamage holten sich die Kommunisten

## Mängel im Luftverkehrswesen.

### 1200 M. als Monatsgehalt eines Flugzeugführers.

Die Aussichten unseres Luftverkehrs kann man zurzeit als recht gut ansehen. Sie wären jedoch noch um vieles besser, wenn es nun auch gelingen würde, die inneren Verhältnisse an einigen besonders schmerzhaften Stellen zu verbessern. Eine solche verbesserungsbedürftige Stelle war von jeher die Bezahlung des im Luftverkehr tätigen Personals, und hieron wiederum besonders die der Flugzeugführer. Gar mancher außerhalb des Luftverkehrs Stehende ist von der Meinung beherrsch, daß der Flugzeugführer ein äußerst lukrativer Beruf ist. Aber auch hier trifft leider die oft zureichende Redewendung zu: „Je größer die Verantwortung, um so geringer die Bezahlung.“ Die Arbeitskraft einer Stenotypistin ist heute unter einer Bezahlung von 1500 Mark im Monat nicht zu bekommen; eine Reihe unserer Flugzeugführer dagegen beziehen ein monatliches Gehalt von 1200 Mark, wobei jedoch gleich hinzugefügt werden muß, daß es sich hier nicht um Anfänger handelt, sondern um erprobte Männer, die schon Tausende von Kilometern im Luftmeer zurückgelegt haben. Diese Tatsache kann man aus zweierlei Gründen als eine höchst bedauerliche bezeichnen. Einmal stehen die Leistungen eines Verkehrsflugzeugführers als etwas allgemein anerkanntes über jedem Zweifel, und zweitens ist die den Luftverkehrsfirmen vom Staate zuzulassende Subvention so bemessen, daß eine den heutigen Lebensbedürfnissen angepaßte Bezahlung des Personals ohne weiteres möglich ist.

Es liegt noch ein weiteres Moment vor, das unter obigen Verhältnissen das öffentliche Interesse beansprucht. Bei der Bezahlung eines Flugzeugführers mit monatlich 1200 Mark müßte jeder Luftverkehr in der Praxis dadurch einen Mißerfolg zeitigen, als es dem Flugzeugführer nicht möglich ist, sich mit Hilfe vorgenannter Summe so zu ernähren, wie es nötig ist, um die zur Ausübung seines Berufes notwendige körperliche und geistige Eignung zu erhalten. Aus diesem und anderen Gründen ergibt sich die Notwendigkeit der Auszahlung eines sogenannten Kilometergeldes an den Flugzeugführer. Die Höhe dieser Sonderzahlung beträgt im Durchschnitt etwa 40 Pfennig für den geflogenen Kilometer. Sie kommt jedoch durcheinweg in Fortfall, sofern es dem Flugzeugführer infolge schlechter Witterung oder Motorstörung nicht gelingt, das ihm vorgeschriebene Landziel zu erreichen. Die Zahlung dieses Kilometergeldes ist eine von den Flugzeugführern allgemein gewünschte Einrichtung, die jedoch eine ebenso unbeliebte und geradezu gefährliche Einrichtung wird, wenn der Flugzeugführer kein ausreichendes Grundgehalt erhält. Legt man nämlich für einen Flugzeugführer ein in Anbetracht seiner aufreibenden Tätigkeit und seines oft wechselnden Aufenthaltsortes wahrlich nicht zu hoch gegriffenes Existenzminimum von monatlich

im 14. Bezirk (Neukölln). Auf die von ihnen eingereichte Anfrage, welche Schritte das Bezirksamt unternehmen wolle, um die aus Anlaß des Streiks erfolgten Maßnahmen rückgängig zu machen, stellte Bürgermeister Gen. Scholz fest, daß im Bezirk Neukölln Maßnahmen überhaupt nicht vorgenommen sind. — Auch im 16. Bezirk (Köpenick) waren es wieder die Kommunisten, die bezüglich der streikentlassenen Arbeiter unserer Genossen jedes soziale Empfinden absperrten, worauf ihnen von den Stadträten Gen. Ehrlich und Herbst nachgewiesen werden konnte, daß gerade im 16. Bezirk äußerst schonend vorgegangen wurde. — Schließlich hielten es im 20. Bezirk (Reinickendorf) USP. und SPD. für nötig, in trauriger Gemeinschaft gegen die SPD. und den „Vorwärts“ zu Felde zu ziehen, worauf ihnen von unseren Genossen prompt nachgewiesen wurde, daß der „Vorwärts“ in dem Streik eine durchaus klare und feste Stellung eingenommen habe, während die „Freiheit“ von einem Tag zum anderen geschaukelt habe. Die Kommunisten mußten die Feststellung einstecken, daß sie und ihre Frauen es nicht abgelehnt haben, Streikbrecherwaffer und Streikbrechergas zu beziehen.

## Schulangelegenheiten.

Im 9. Bezirk (Wilmersdorf) wurde dem Abbau der realgymnasialen Abteilung des Joachim-Friedrich-Gymnasiums zugestimmt. Für die Errichtung einer Schulküche in Schmargendorf werden 6000 Mark benötigt. — Die bürgerlichen Bezirksverordneten des 14. Bezirks (Neukölln) wehrten sich mit aller Kraft gegen den Abbau des staatlichen Gymnasiums. Nach Ausführungen des Stadtrats Dr. Löwenstein und der B.-B. Wilbrodt (SPD.) und Fr. Besser (KPD.) wurde der bürgerliche Antrag abgelehnt. — Für restlose Wiederherstellung der Schulküche in Adlershof bewilligte die Bezirksversammlung des 15. Bezirks (Treptow) 7000 M. Dem Umbau der Lebensmittelbarade in der Graefstraße zum Zwecke der Unterbringung eines Jugendheims, Kindergartens und Kinderherbs wurde zugestimmt. — Im 16. Bezirk (Köpenick) wurde der Umgestaltung der ehemaligen Präparandenanstalt zu einem Jugendheim auf neutraler Grundlage zugestimmt.

## Sonstige Vorlagen.

Die Bezirksversammlung des 6. Bezirks (Kreuzberg) stellte in den Etat 285 000 M. zur Wiederherstellung des Draniens und des Wassertorplatzes und 3 Millionen Mark für Pflasterungsarbeiten ein. Die B.-B. im 14. Bezirk (Neukölln) nahm einen Antrag auf Beschaffung von Wohnungen an Ermittelte an. Jedoch waren bereits vor Einbringung des Antrages seitens des Bezirksamtes Wohnungen bereitgestellt worden. Weiterhin beschloß die B.-B. die Errichtung eines Wochenmarktes in der Treptower, Rosenger. und Wilhelm-Busch-Straße. — Der B.-B. des 15. Bezirks (Treptow) waren seitens der Erwerbslosen Anträge auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung zugegangen, die dem Magistrat Berlin überwiesen wurden. Die SPD.-Fraktion ließ durch den Genossen Fischer erklären, daß sie die jetzt beschlossene Erhöhung der Unterstützungssätze für durchaus unzulänglich halte. Ferner bewilligte die B.-B. für den Umbau des Untergrundes in der alten Schule in Niederschöneweide zu Zwecken einer Säuglings-Fürsorgeanstalt 63 000 M. — Die B.-B. des Bezirks 7 (Charlottenburg) genehmigte die Bildung der Deputation für Arbeit und Gewerbe; sie wird sich zusammensetzen aus 8 Bezirksamtsmitgliedern, 8 Bezirksverordneten und 12 Bürgerdeputierten, von denen 6 Arbeitgeber und 6 Arbeitnehmer sein müssen. — Die B.-B. des 20. Bezirks (Reinickendorf) beschloß, beim Magistrat zu beantragen, dem Bezirk den Namen Humboldtstadt zu geben.

3500 Mark zugrunde, so müßte er bei einem Monatsgehalt von 1200 Mark im Monat 6000 Kilometer fliegen, bevor er das für ihn notwendige Existenzminimum verdient hat. Diese an sich schon hohe und nur für kurze Zeit durchführbare Leistung wird beim Eintreten von unangünstiger Witterung eine glatte Unmöglichkeit. Wo sie eine Zeitlang durchgeführt wird, hat sie einen sehr starken Brennstoffverbrauch, baldige Bruchlegung des Führers und vor allem eine Gefährdung des fliegenden Publikums zur Folge. Ebenso schlecht liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Lebens- und Unfallversicherung für die Flugzeugführer. Bei eintretender „Berufsunfähigkeit“ tritt die Versicherung überhaupt nicht in Kraft. Ferner sind diese Versicherungen durchweg auf der bei der heutigen Geldentwertung völlig unzureichenden Basis der Zinszahlung anstatt der Kapitalzahlung abgeschlossen. Ein Unfall, der für den Führer eine längere Krankheitsdauer zur Folge hat, bringt ihn in vielen Fällen in Armut und Stellunglosigkeit.

Alle diese Mißstände haben bereits zur Folge gehabt, daß eine Reihe tüchtiger Fachleute den Luftverkehr verlassen haben. Die heute noch im Luftverkehr tätigen Flugzeugführer sind mit dem größten Teil des Konturpersonals in einer Gewerkschaft zusammengeschlossen, die sich schon seit langer Zeit bemüht, diesen Mißständen durch Einführung eines allgemein gültigen Tarifvertrages ein Ende zu machen. Leider bemühen sich die Luftverkehrsfirmen, die Verhandlungen hierzu durch Verzögerungen, Ausweidungen usw. zu insulieren. Bei einer kürzlich in Berlin stattgefundenen Versammlung aller Verkehrsflugzeugführer trat daher eine sehr starke Erregung zutage.

Das gesamte technische Personal im Luftverkehr vertritt die Ansicht, daß unser noch junger Luftverkehr nur dann gedeihen kann, wenn alles Hand in Hand arbeitet. Sollten jedoch die Arbeitgeber auf ihrem unverständlichen Standpunkt beharren, so tragen sie auch für alles daraus folgende die volle Verantwortung.

## Oderdammbrech bei Breslau.

### Drei Dörfer überschwemmt.

In der Nacht zu Mittwoch wurde bei Treschen in der Nähe von Breslau der Oderdamm in der Breite von sechs Metern durch Eis massen gebrochen. Die Einbruchsstelle erweiterte sich später bis auf zwanzig Meter. Die Dörfer Treschen, Kottwitz, Neuhaus sind von der Außenwelt völlig abgeschnitten. Ein großer Teil der Rähne wurde weggeschwemmt. Die Bewohner haufen auf den Dächern und sind zum Teil nach dem landeinwärts gelegenen Dorfe Kottwitz übergesiedelt. Zahlreiches Vieh ist in den Fluten umgekommen; Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Schaden ist erheblich, da die Häuser sämtlich verschlammmt sind. Der Wasserstand der Oder ist der höchste seit 1903.

**Befehungsjustiz.** In Düsseldorf wurden wegen angeblicher Zugehörigkeit zum Ehrhardtischen Geheimbund zwei Personen zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Wegen 21 Verurteilungen, die sämtlich geklärt sind, wurde auf je einen Monat Gefängnis und Ausweisung erkannt. — Auf dem Technikum Wingen studierende junge Hololänder hatten während eines Streites mit deutschen Studenten zur Schuchwaffe gegriffen, ohne jemand zu verletzen. Das französische Militärgericht erklärte, daß die Ausländer im befestigten Gebiet sich den Anordnungen der Rheinlandkommission zu unterwerfen hätten und erkannte gegen die drei Hauptangeklagten auf 1—3 Monate Gefängnis und 500—1500 M. Geldstrafe. — Zu zwei Monaten verurteilt und ausgewiesen ist auch der Rotar Bundeskender in Landstuhl (Pfalz).

## Lebensmittelpreise des Tages.

**Zufuhr:** Fische etwas anreichernder. Geschäft ruhig. Fleisch reichlich, Geschäft ziemlich roge. Obst und Gemüse schwach, Geschäft still.

Am Mittwoch galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:  
Kalbfleisch 17—25 M. Schweinefleisch 22—26 M. Rindfleisch 16—23 M., ohne Knochen 24—27 M. Rükensfleisch 31—33 M. Linsen 83 M. Rindertalg 29 M. Hammelfleisch 20—24 M. Dorsch 5—7,50 M. Kabajfau 7—8 M. Schellfisch 5—7,50 M. Rotungen 10—12 M. Grüne Heringe 6—7 M. Labende Anlo 45—50 M. Schleie 21—25 M. Barsche 14—17 M. Bleie 13 M. Pilztzen 10—12 M. Karpfen 21—27 M. In Eis: Schleie 16—17 M. Zander 23—26 M. Bleie 7,50—10 M. Barsche 12 M. Pilztzen 7—8 M. Naturbutter 40—52 M. Margarine 24—31 M. Schmalzschmalz 31—32 M. Eier 4,50 M. das Stück. Kartoffelmehl 12 M. Weizenmehl 7,50—8 M. Roggenmehl 5,30 M. Weizenroggen 8 M. und Malagria 4 M. Haferfloeken 6—8 M. Blumenkohl 11—15 M. der Kopf. Wirsingkohl 5 M. Weißkohl 4—5 M. Grünkohl 2—2,50 M. Zwiebala 4—5 M.

# Wirtschaft

## Das Wiederaufleben der Messen.

Der Krieg hat ganz wider Erwarten in Deutschland wie im Ausland ein Wiederaufleben des Messewesens im Gefolge gehabt. Um diese in der Zeit des schnellsten Eisenbahn-, Schiffs- und Flugzeugverkehrs, der drahtlosen Telegraphie und der ins Unendliche gesteigerten Möglichkeiten der Druck- und Filmreklame gewiß auffallende Erscheinung zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, welche Gründe in alter Zeit das Aufblühen der deutschen Messen gefördert haben. Man wird finden, daß damals wie heute fast die gleichen Faktoren maßgebend waren. Im mittelalterlichen Deutschland, wo Handel und Wandel durch allerlei Schranken beengt waren, wo die Unsicherheit des Verkehrs und der Rechtslage und vor allem die Zerplitterung des Münzwesens einen Warenaustausch auf größere Entfernungen fast unmöglich machten, bildeten die großen Messen von Leipzig und Frankfurt a. d. O. dasjenige, was die völlig freien Verkehrswege der Gründung des deutschen Zollvereins, der Entwicklung des Eisenbahns-, Post- und Telegraphenwesens und der Herstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung im 19. Jahrhundert schufen, als ob die Tage der Messen geblüht seien. Sandten doch Handelshäuser und Fabrikanten ihre Reisenden bis in die entlegensten Dörfer. Der kleinste Krämer wurde mit Preislisten und Katalogen überschüttet, ja selbst das Publikum war über die Preise durch Zeitungsinserte und sonstige Reklame hinreichend orientiert. In den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkriege konnte sich die Leipziger Messe nur dadurch auf der Höhe der Zeit erhalten, daß sie sich den veränderten Verkehrsverhältnissen anpaßte und sich von einem großen Warenjahrmarkt zu einer hervorragenden Mustermesse umgestaltete, die auch im Wechsel der Zeiten der Treffpunkt der internationalen Handelswelt blieb.

In der Nachkriegszeit haben gerade die in ganz Europa weiter bestehenden Verkehrsschwierigkeiten, die verschärfte Paß- und Einreisepflichten, die ungeheure Verteuerung des Reisens im Inlande und noch mehr im Auslande, das Entstehen zahlreicher kleiner Staaten in Ost- und Südosteuropa, sowie die Besetzung deutschen Gebietes im Westen regelmäßige Zusammenkünfte der Handelsinteressenten ganz wie im Mittelalter notwendig gemacht. Ein persönliches Verhandeln zwischen Lieferanten und Bezüglern erscheint heute um so mehr geboten, als die Verhältnisse, Einfuhrbedingungen und vor allem auch die Kosten der Herstellung der Waren einem außerordentlich raschen Wechsel unterliegen. Es sind heute Faktoren beim Abschluß von Geschäften als unsicher in Rechnung zu stellen, die vor dem Kriege auf Jahre hinaus konstant blieben. Es muß mit Zwischenfällen gerechnet werden und für solche Fälle von vornherein eine Einigung erzielt werden, die man früher getrost außer acht

lassen konnte. Kurzum, die Unsicherheit und Unbeständigkeit in Handel und Wandel ist heute kaum geringer denn je. Zu berücksichtigen ist auch, daß durch den Krieg im ganzen Wirtschaftsleben vielfach das unterste nach oben gelehrt wurde und daß der Kaufmann die Kreditwürdigkeit und Zuverlässigkeit seiner Abnehmer und Lieferanten nur dann immer richtig beurteilen kann, wenn er mit allen Kreisen in ständiger persönlicher Fühlung bleibt. Gerade bei solcher Orientierung und Information bieten aber die Messen reichlich Gelegenheit.

Die Verteuerung der Druckschentelkame und des Reisens im Auslande macht es heute sehr vielen mittleren und kleineren Industrie- und Handelsbetrieben fast unmöglich, dem Export durch gedruckte und persönliche Propaganda in den ausländischen Absatzgebieten voranzuarbeiten. Andererseits ist für die Interessenten aus hochvalutarischen Ländern eine Reise nach Deutschland eine billige Sache, die sich durch die Aussicht des besonders günstigen Einkaufs hundertfach bezahlt macht. Hieraus erklärt sich, daß die Zahl der ausländischen Besucher der großen Leipziger Frühjahrs- und Herbstmessen in den letzten Jahren in dem Maße stieg, wie die deutsche Mark sank. Im Frühjahr 1914 zählte man in Leipzig 4253 Aussteller und 20 000 Besucher, hieron waren 4226 Ausländer. Die Frühjahrsmesse 1919 wies bereits 8325 Aussteller und 95 000 Besucher auf, von denen 7500 Ausländer waren. Im Frühjahr 1921 war die Zahl der Aussteller auf 12 537, die der Besucher auf 130 000 gestiegen, wovon allein 15 000 auf das Ausland entfielen. Nach den bisher vorliegenden Anmeldungen ist auch für die diesjährige Frühjahrsmesse (5. bis 11. März) mit einer weiteren Steigerung der Teilnahme von In- und Ausländern zu rechnen. Für den Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie ist das geschäftliche Ergebnis der Leipziger Messe, auf der heute alle deutschen Industrieerzeugnisse von der Stecknadel bis zur schwersten Werkzeugmaschine ausgestellt und gehandelt werden, von allergrößter Bedeutung. vwb.

Eine „Dauer-Musterschau mexicanischer Landeserzeugnisse“ wird am 15. April im Mariniehaus in Berlin eröffnet werden. Leiter und Organisator der Ausstellung ist der Handelsbevollmächtigte der mexicanischen Regierung Federico Philippe Soriano. Sie dient der Förderung der wechselseitigen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen.

## Bergbaufragen im Reichskohlenrat.

Der Reichskohlenrat teilte mit: Anlässlich der Kohlenpreissitzungen des Reichskohlenrats tagte am 28. Februar d. J. auch der Geschäftsausschuss des Kohlenbergbauausschusses und beriet über eine reichhaltige Tagesordnung. Auf dem Gebiete der Sicherheit des Grubenbetriebes sind verschiedene Arbeiten von diesem Ausschuss in Angriff genommen und gefördert worden. So hat er z. B. die Bereitstellung von Mitteln zum Studium der Ursachen und Verhinderung der Kohlenstaubausbrüche in den niedersteilsten Steinkohlengruben bewirkt. Die Arbeiten, die mit großer wissen-

schafflicher Gründlichkeit vorgenommen werden, um endlich diesem lang bekannten Todfeind des Bergarbeiters beizukommen, werden von besonderem Wert auch für den sächsischen Steinkohlengrubenbau und für den Kalibergruben im Berggebiet sein.

Weiter wurde beschlossen, durch namhafte Beihilfen die Bestrebungen zu fördern, einen wirksamen Schlagwetter-Anzeiger zu schaffen. Diese Frage steht aus dem Grunde zurzeit im Vordergrund des Interesses, weil die Einführung der elektrischen Grubenleuchtungsgeräte es mit sich bringt, daß Schlagwetterbildung nicht mehr wie bisher vom kundigen Bergmann aus gewissen Anzeichen bei der Danyschen Sicherheitslampe festgestellt werden kann, wenn diese aus dem Kohlenbergbau verschwindet. Eingehend beschäftigte man sich auch mit den neueren Fortschritten auf dem Gebiete der selbsttätigen Aufzeichnung von Störungen in den Schächten und im Förderbetrieb mittels eines „Schachtdrängemessers“.

An dem Zustandekommen der Gesehtwürde über die Vereinigung von Längen- und Geniertfeldern im Ruhrgebiet sowie über die Angrenzung von Bergwerksfeldern hat sich dieser Ausschuss im besonderen Maße beteiligt. Diese unter dem Schlagworte der „bergrechtlichen Flurbereinigung“ zusammengefaßten Gesehtmaßnahmen sind dazu bestimmt, rechtliche Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die heute noch den Bergbau häufig zwingen, teilweise recht unwirtschaftlich abzubauen. Dadurch, daß hier in einem verhältnismäßig kleinen Kreise hervorragender Sachverständiger die Gesichtspunkte aller am Bergbau Beteiligten zur Geltung kommen, erhalten die Regierungen und Parlamente ohne weiteres die erforderlichen Unterlagen, die einen klaren und raschen Fortschritt auf diesem wichtigen Gebiete der wirtschaftlichen Gesehtwürde ermöglichen.

Die Volkswirtschaftsminister für Finanzen hat beschlossen, das Geseht über die Abgabe von Gold seitens privater Personen an den Staat aufzuheben sowie den Kauf und Verkauf gemünzten und ungemünzten Goldes und Silbers, ausländischer Valuta und Wertgegenstände zu gestatten.

Die Sowjet-Staatsbank steht zurzeit in Ueberweisungsverkehr mit 15 ausländischen Banken in Deutschland, Schweden, Dänemark und Belgien; die durch diese Banken und durch die ausländischen Sowjetvertretungen bis zum 15. Februar d. J. getätigten 3213 Ueberweisungen an die Staatsbank erreichen die Summe von 8027 Millionen Sowjetrubel.

**Kukirol**  
besorgt schnell sicher und schmerzlos  
Hühneraugen  
Hornhaut Schwielen Warzen  
In Apotheken & Drogerien erhältlich.

## Theater, Lichtspiele usw.

**Opernhaus**  
Der Barbier v. Bagdad  
7 1/2 Uhr

**Schauspielhaus**  
Don Carlos  
7 1/2 Uhr

**Deutsch. Theat.**  
7 1/2 Uhr: Tartuff. — Ein Heiratsantrag  
Freitag 8: Die Wölfe

**Kammerspiele**  
8: Anatol  
Freitag 8: Anatol

**Gr. Schauspielh.**  
(Karlstraße)  
7 1/2 Uhr: Orpheus in der Unterwelt  
Freitag 7 1/2 Uhr: Orpheus in der Unterwelt

**Theater l. d. Königgrätz. Str.**  
Täglich 7.30 Uhr:

**Die wunderlich. Geschichten d. Kapellmeisters Kreisler**

**Komödienhaus**  
Täglich 7.30 Uhr:

**Karusell**  
mit Maria Orska Joh. Riemann Ralph Art. Roberts

**Berliner Theat.**  
Täglich 7.30 Uhr:  
Einer von unsere Leut' mit Carl Clewing, Oscar Sabo und Leonard Hanel

**Residenz Theat.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Eine Frau ohn. Bedeutung Triesch, Arnstadt, Berken, Korff, Sandrock

**Kleines Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Haben Sie nichts zu verzollen? (Limburg, Falkenstein, Junkermann, Albers Bendow)

**Trianon-Theat.**  
Täglich 8 Uhr:  
Der große Erfolg!!  
**Elga**  
Maria Fein, Veidt, Becker

**Casino-Theater**  
Lothring. Str. 37 Tägl. 7 1/2 Uhr:  
Die neue Berliner Pöse  
**Familie Gänseklein**  
Vorher: Lachende Liebe Ges.-Pöse m. d. neuen Schlager „Bummele!“  
Sg. 7 1/2 Uhr: Letzte Stunde

**Volksbühne**  
Theater am Bölowplatz  
7 Uhr: **König Lear**

**Lessing-Theat.**  
1 Uhr: **FAUST**  
Freitag 7 1/2 Uhr: Flamme (Dorsch)  
Sonnab. u. Sonntag 7: Faust  
Montag 7 1/2 Uhr: Flamme (Dorsch)

**Deutsches Künstler-Th**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
Operetten-Gastspiel:  
**Der geizige Verschwender**  
(Max Adalbert)

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**Das Detektivmädchel**  
Deutsches Opernhaus  
4 Meisters. v. Nürnberg  
Friedr.-Wilhelms-Th.  
7 1/2 Uhr:  
**Dreimäderlhaus**  
Intimes Theater  
8 1/2 Uhr: **Gustave, es hiltz!**  
Klein. Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: **Der keusche Lebemann**  
Lustspielhaus  
8 Uhr: **Der Werwoll**  
Metropol-Theater  
7 1/2 Uhr: **Die Bajadere**  
Neues Operetten-Th.  
8 Uhr: **Königin d. Nacht**  
Neues Operettenhaus  
Schöneberg, Hauptstr. 144  
7 1/2 Uhr: **Schäm' Dich Lotte**  
Stg. 3 1/2 Uhr: **D. Polixgräfin**  
Neues Theater am Zoo  
7 1/2 Uhr: **Scampolo**  
Neues Volkstheater  
7 1/2 Uhr: **Heuchler**  
Schiller-Th. Charlog.  
8 Uhr: **Im weißen Rößl**  
Schloßpark-Th Steglitz  
Schloßstr. 44  
7 1/2 Uhr: **Phyllis**  
Thalia-Theater  
7 1/2 Uhr: **Die Herren von und zu ...**  
Theat. am Nollendorfpl.  
7 1/2 Uhr: **Adelaide/Dienstbot.**  
7 1/2 Uhr: **Die Ehe im Kreise**  
Theater des Westens  
7 1/2 Uhr: **Der Tanz ins Glück**  
Stg. 2 Uhr: **Gr. Volksoper: Lohengrin**  
Th. l. d. Kommandant. Str. (Jld. Künstler-Th.)  
7 1/2 Uhr: **Grüne Flieder**  
Wallner-Theater  
7 1/2 Uhr: **Die Spitzenkönigin**  
Walhalla-Theater  
7 1/2 Uhr: **D. Liebe Augustin**

**Komische**  
7 1/2 Oper 7 1/2  
Dir. Jam. Klein  
Letzter Monat  
Die große Revue  
**Der Herr der Welt**  
Max Landa  
Bruno Kastner  
Sascha Bura  
Wlth. Hartstein  
Franz Gross  
Paul Westermeyer  
Lotta Workmeister  
Herta Richter  
Erna Alberti

**Theater d. Ostens**  
(Kosce-Theater)  
7 1/2 Uhr:  
**Die Gräfin von Kempinski**

**Russ.-Deutsch. Theater**  
**Der blaue Vogel**  
Goltzstraße 9  
Nollendorf 1613  
Anfang 8 1/2 Uhr  
Vorstellung allabendlich!

**FOLIES CAPRICE**  
Linienstr. 132  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**D. Liebeskanapee**  
Das Käuzchen  
Die falsche Nummer  
Frd. Grüncker, R. Bergl  
Dir. Strobel

**Metropol-Variete**  
Behrenstr. 54  
7 1/2 Uhr:  
**Gastspiel**

**Arnold Korff**  
Herbert Kiper  
Paul Rehkopf in der  
Sensations-Groteske  
**Das Selbstmordhotel**  
Dazu:  
**9 Schlager**

**Admirals-Palast**  
7 1/2 Uhr: **Die rot. Schuhe**

**CIRCUS BUSCH**  
Tgl. 7 1/2 Uhr, Stg. auch 3 Uhr  
März 1922  
Das Zersägen einer Dame in zwei Teile in freier Manège!  
Neue Sensationen!  
Vkl. Werth. u. Circ.

**APOLLO-THEATER**  
Dir.: James Klein  
8 Uhr Allabendlich 8 Uhr  
**Naturalistisches**  
Ballett-Gastspiel mit 30 Personen  
**Der Venusberg**  
Nach der Pariser Original-Aufführung  
einstudiert von Georges Bianvalot  
Außerdem  
**Gastspiel**  
des weltberühmt.  
**Paul Beckers**  
Nach Jahren  
zum ersten Male  
wieder in Berlin  
sowie eine Anzahl  
Varieté-  
Sensationen  
Vorverkauf ununterbrochen an der Tageskasse

**Admirals-Palast**  
Der große Erfolg auf dem Eise

**Futuristischer Karneval**  
Sonntagnachmittag kleine Preise:  
Mittelparkett ..... Mark 16,—  
II. Rang-Balkon ..... Mark 11,—

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 105-114  
Heute Donnerstag, den 2. März 1922:  
**Elite-Tag!**  
**Bockbier-Fest**  
in den bayer. Alpen  
Großes Schweineschlachten  
30 bayer. Madl 8 Koppeln Einl. 6 U.

**Reichshallen-Theater**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr u.  
Sonnt. nachm. 3 U.  
**Stettiner Sängers**  
Nachm.  
halbe Pr.  
Dobhoff-Brett!  
Ant. 7 1/2 Uhr

**WINTERTARTEN**  
Modeschau 1922  
sowie der große  
**Varieté-Spielplan!**  
Rauchen gestattet

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle  
Berlin.  
Den Kollegen zur  
Nachricht, daß unser  
Kollege, der Arbeiter  
**Johann Wunsch**  
Koppenstr. 91  
am 24. Februar ge-  
storben ist.  
Die Beerdigung  
findet am Donner-  
stag, den 2. März,  
nachmittags 2 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle  
des Städt. Friedhofes  
in Buch aus statt.  
Ferner hat am  
27. Februar unser  
Kollege, der Arbeiter  
**Karl Palzold**  
Krausstr. 30.  
Die Einäscherung  
findet am Sonntag,  
den 4. März, nach-  
mittags 4 Uhr, im  
Krematorium Baum-  
schulweg, Rietzdor-  
ferstraße, statt.  
Ferner hat am  
25. Februar unser  
Kollege, der Metall-  
arbeiter  
**Hugo Biester**  
Rosenburger Str. 39  
Die Einäscherung  
findet am Montag,  
den 6. März, nach-  
mittags 6 Uhr, im  
Krematorium Ver-  
sicherungstr. 19  
Eure Ihren An denken!  
Rege Beteiligung  
erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Bezirksverb. Berlin SPd.**  
25. Abteilung.  
Den Mitgliedern zur  
Nachricht, daß unser  
Genosse, Frau  
**Marie Segall**  
verstorben ist.  
Die Einäscherung  
findet am Freitag,  
den 3. März, mittags  
1 Uhr, im Kremato-  
rium Gerichtstraße  
101.  
Zahlreiche Beteili-  
gung erwartet  
Abteilungsleitung.

Am 24. Februar  
verstarb mein lieber  
guter Freund und  
Wanderegenosse, der  
Wandbinder 1902b  
**Nermann Darner**  
im 40. Lebensjahre.  
Wieder Nermann,  
ich werde in Ehren  
unserer Freundschaft  
stets gedenken, bis  
einst auch über mich  
die Todesglocken  
schallen! Mein Freund  
**Michael Mayer**  
Einäscherung heute  
nachmittags 7 1/2 Uhr  
im Krematorium  
Baumschulweg.

**Ankauf  
Juwelen**  
**Margal & Co.**  
Kanonierstr. 9.

**Statt Karten!  
Dankejagung.**  
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teil-  
nahme anlässlich des Ablebens meines lieben  
Krauses, des Genossen  
46/19a

**Otto Richter**  
sage ich hiermit allen werthen Gästen, Freunden  
und Bekannten, den Waisen des Dahinges-  
Lungenburger Straße 2, dem Leiterkreise  
Hamenlos sowie sämtlichen Teilnehmern an  
der Trauerfeier meinen herzlichsten Dank.  
Im Namen der Hinterbliebenen:  
**Elisabeth Richter**  
geb. Pusch

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Liliensstraße 83 85.  
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr  
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.  
**Achtung!**  
Sonntag, den 5. März, vormittags 9 1/2 Uhr,  
in der Bräuerlei Königshof, Schönhauser-Allee 10:  
**Außerord. Generalversammlung**  
unserer Verwaltungsstelle.  
Tagesordnung: Beschlußfassung über  
Festlegung des Lohnbeitrages.  
Kollegen und Kolleginnen, welche An-  
träge dazu stellen wollen, werden ersucht, dies in  
der am Freitag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr,  
im Sitzungssaal, Linienstr. 132/133, stattfindenden  
Verwaltungsversammlung zu tun.  
Die Ortsverwaltung.

**Echte Walthorlus Hinfong - Essenz**  
extrakt.  
(Destillat) 12 Fl. M. 50, bei 24 Fl. M. 100 franko und  
inkl. Zu haben in Apotheken u. Drogerien. Herst.  
Laboratorium E. Walthor, Halle a. S. - Trotha 143

**Kunstspielpianos und Flügel**  
**VIRTUOLA**  
Fußbetrieb / Elektrisch  
beides vereinigt  
ermöglichen gleichzeitig Wiedergabe  
der Musikstücke nach Auffassung des  
Künstlers und Selbstanerkennung  
**Römhildt A.-G.**, Leipzig Str. 118-120  
L. Stuch

**Schuh-Putz**  
**Servus**  
Terpentinware  
No. 272  
Jede 100. Dose mit  
wertvollem Geschenk  
Überall zu haben  
Chem. Werke Lubzyski & Co. A.-G., Bin.-Lichtenberg

**Wäg. Ortskranken-**  
tasse für den Stadt-  
bezirk Cöpenid.  
Der vom Vorstand und  
Ausschuss beschlossene  
Verkauf der 88 20, 22,  
23, 30 und 34 a betreffen-  
den Krankenbänke, Stuhl-  
gestelle und Familienbänke,  
hat das Oberverwal-  
tungsamt die Zustim-  
mung erteilt.  
Die Auktionen treten  
mit dem 27. Februar 1922  
in Kraft.  
102/20  
Cöpenid. 7. Febr. 1922  
Der Vorstand,  
Otto Ridel, Vorsitzender.

**Krause  
Pianos**  
zur  
**Miete**  
Ansbacher Str. 1,  
Ecke Kurfürstenstr.

**Gold-**  
Silber-, Platin-  
Doublesachen  
Ankaufszentrale  
Kl. Frankfurter Str. 1  
3 Min. v. Alexanderplatz

**BERLITZ  
SCHOOLS**  
Leipziger Str. 123 a  
Ecke Wilhelmstr.  
Taubenzienstr. 19 a  
**FREMDE SPRACHEN**  
Einzelunterricht,  
Zirkel monatl. 60 Mark

**Insereate  
im Vorwärts**  
sehen Erfolg!

